



## 0. Eröffnung der Stadtratssitzung

**Stadtratspräsident Roland Christen** begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und die Pressevertretenden.

Die Menschen in Tunesien, Ägypten und Libyen, die sich gegen ihre Herrscher erhoben haben, seien Helden. Es brauche ungeheuer viel Mut, sich einzig mit Mobiltelefonen bewaffnet, einem hoch gerüsteten, brutalen Sicherheitsapparat entgegenzustellen. In Tunesien, Ägypten und Libyen würden Menschen zu verwirklichen suchen, was vom Westen seit Jahrzehnten angemahnt worden sei: Mehr Freiheit, mehr Recht und mehr Würde. Was diese Menschen bis anhin vollbracht haben, sei bewundernswert. Kaum jemand habe daran geglaubt, dass Hosni Mubarak in weniger als drei Wochen gestürzt werden könnte. Der Freitag, 11. Februar 2011, werde als historischer Tag in die Geschichte eingehen. Millionen von Ägyptern haben den Rücktritt ihres Präsidenten Hosni Mubarak gefeiert. In Libyen dagegen sei zu befürchten, dass noch Tausende sterben müssen, bevor der Diktator Muammar al-Ghadhafi weg sei.

In der Stadt Langenthal sei es glücklicherweise seit der letzten Stadtratssitzung friedlicher und zielorientierter zu- und hergegangen. Am 25. Januar 2011 habe der Gemeinderat und das Büro Struppler Sportconsulting über die Entwicklung eines Begegnungsraums- und Sportanlagenkonzepts informiert. Zur öffentlichen Informationsveranstaltung im Kreuzfeldschulhaus sei eine grosse Anzahl Langenthalerinnen und Langenthaler sowie Vereinsvertreterinnen und -vertreter erschienen. Damit der eingeleitete Prozess ein Erfolg werde, brauche es viele Stimmen aus der Bevölkerung und aus den Vereinen. Der Anlass sei ein grosser Erfolg gewesen, wofür er dem Gemeinderat ganz herzlich danke. Den Stadträtinnen und Stadträten sowie den anwesenden Gästen empfehle er, den Fragebogen aus dem Internet herunterzuladen und bis am 13. März 2011 einzureichen.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **4** Mitglied des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

**Stadtratspräsident Roland Christen:** Frau Stadträtin Michèle Rentsch-Ryf sei am Freitag, 25. Februar 2011 Mutter von Milena Sophie geworden. Im Namen des Stadt- und Gemeinderates gratuliere er an dieser Stelle Michèle und Jürg Rentsch-Ryf herzlich zur Geburt ihrer Tochter.

Da Frau Stadträtin Anita Steiner-Thaler an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne, habe der Rat eine stellvertretende Stimmzählerin oder einen stellvertretenden Stimmzähler zu bezeichnen. Nach Rücksprache mit der EVP/glp-Fraktion werde vorgeschlagen, dass Herr Stadtrat Christoph Stäger (glp) heute Abend den Platz als Stimmzähler auf dem Podium einnehme.

- **Dem Vorschlag, Herrn Stadtrat Christoph Stäger als stellvertretenden Stimmzähler einzusetzen, wird einstimmig zugestimmt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-





## Worum geht es in diesem Projekt?

- Gemäss der Erziehungsdirektion des Kantons Bern gehöre ict in den Unterricht der Volksschule. Die Benützung von ict-Grundfertigkeiten sei weder aus der heutigen Berufswelt noch aus dem Alltag wegzudenken. Auch die Schule könne diese Tatsachen nicht mehr ignorieren. ict gehöre zum Unterricht aller Schulstufen und Schulklassen.
- ict-Zielqualifikationen für Schülerinnen und Schüler seien im Lehrplan formuliert und würden laufend den Veränderungen in der Gesellschaft und derjenigen der Arbeitswelt angepasst. Die Benützung von ict müsse sich auf ein Konzept stützen, welches die speziellen Rahmenbedingungen der Schule berücksichtige. Jede Schule müsse sich Überlegungen zum ict-Einsatz machen und ein Konzept zur Realisierung der entsprechenden Lernziele erarbeiten. Dazu würden Integrationsformen in den Unterricht, Weiterbildung der Lehrkräfte, Ausrüstungen und die Erneuerung des Materials, Sicherheitsmassnahmen, die Stabilität der Programme und die Sicherheit bei der Übertragung gehören.
- ict-Anwendungen seien als Werkzeug in alle Fächer zu integrieren. Der Zugriff auf das Internet für Recherchen und die Mailkommunikation während dem Unterricht müsse möglich sein. Damit biete sich auch die Möglichkeit, fächerverbindende Projekte mit den Lernenden zu organisieren. E-Learning sei Bestandteil des Unterrichts und ermögliche ein selbstständiges Lernen mit Hilfe der elektronischen Mittel.

E-Learning ersetze aber weder eine Lehrerin noch einen Lehrer, noch die traditionelle Unterrichtsmethode, da die Schülerinnen und Schüler Betreuung brauchen. Die Lehrkräfte müssen den Lernenden bei der Verarbeitung des Gelernten helfen und diesen geeignete Lernprogramme bereitstellen.

Projekt „ict4kids“ stadtlangenthal

Sitzung Stadtrat vom 28.2.2011



Projekt „ict4kids“ stadtlangenthal

### Überblick

- 1. Vorgaben der Erziehungsdirektion
- 2. Entwicklung des Projekts
- 3. Projektorganisation
- 4. Pädagogisches ict4kids-Konzept
- 5. Informatikstrategie und Informatik-Konzept ict4kids
- 6. Aus- und Weiterbildungskonzept ict4kids
- 7. Mengengerüst
- 8. Organisations- und Betriebskonzept ict4kids
- 9. Kosten
- 10. Umsetzungsplanung nach Beschlussfassung

Projekt „ict4kids“ stadtlangenthal

### 1. Vorgaben der Erziehungsdirektion



- **Lehrplanteil Informatik und Pflichtenheft für ICT-Verantwortliche (2005)**
- **Lehrplanteil Informations- und Kommunikationstechnologien, ICT (2006)**  
Richtziele und Grobziele
- **Verfügung (2006)**  
Lehrplan in Kraft per 1.8.2007, Übergangsfrist Primarstufe bis 2009
- **Empfehlungen (2008)**  
Pro Klasse mindestens drei vernetzbare Geräte, Internetzugang für alle Stationen, vernetzte Geräte, Datenablage inkl. Datensicherung

Projekt „ict4kids“ stadtlangenthal

### 2. Entwicklung des Projekts



**Meilensteine in der Entwicklung des Projekts:**

- Seit 2005: Diverse Vorarbeiten FB Informatik und FB Bildung
- Einheitliche Informatikstrategie und Informatik-Konzept (28.5.2008, GR-B)
- Pilotprojekt PS Herzogenbuchsee im ISC Langenthal (Sommer 2009)
- Präsentationstechnik-Entscheid Schulen: Beamer + Leinwand (22.10.2009)
- Expertise Schreiber zur organisatorischen Dimension (Dez. 2009)
- Koordinationssitzung: Widersprüche im Mengengerüst (Januar 2010)
- Externe Unterstützung „WEBU“ (5.5.2010, GR-Beschluss)
- Vorliegen der Kostenangaben: Vorlage für Stimmberechtigte (Sept. 2010)
- Alle vier Konzepte sind abgeschlossen (Nov. 2010)



Bereits im Jahre 2005 seien diverse Vorarbeiten in den Fachbereichen Informatik und Bildung in Angriff genommen worden. In diesem Zusammenhang erinnere sie daran, dass im Jahr 2005 bis letztes Jahr der Fachbereich Bildung aus einer 50%-Stelle bestanden habe. Im Jahr 2008 habe der Gemeinderat eine einheitlich Informatikstrategie und ein Informatikkonzept verabschiedet.

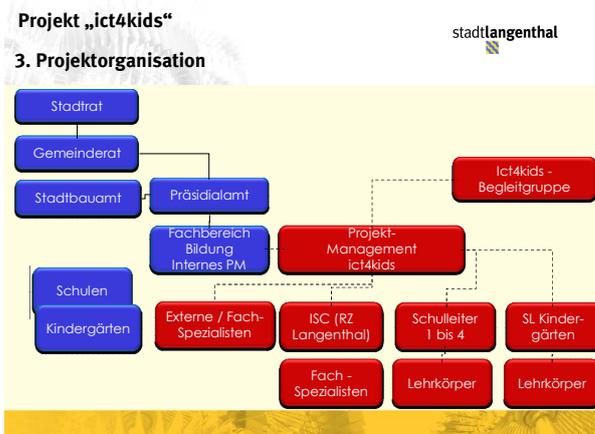
Im Sommer 2009 sei das Pilotprojekt Herzogenbuchsee im ISC Langenthal angeschlossen worden, womit viele Erfahrungen gesammelt worden seien. Im Jahr 2009 sei der Strategieentscheid gefällt worden, dass Beamer und Leinwände in das Projekt integriert werden sollen. Aus Kostengründen sei auf die Anschaffung interaktiver Leinwände verzichtet worden. An dieser Stelle weise sie darauf hin, dass es zwingend sei, in jedem Schulzimmer einen Beamer zu installieren, weil sich sonst die bereits dargelegten Lernziele (wie beispielsweise die Präsentation eines mit Power-Point erarbeiteten Projekts oder die Präsentation von erarbeiteten Lektionen) nicht erreichen lassen. Persönlich glaube sie, dass Folien und Hellraumprojektoren bei der vorliegenden Neuausrichtung und Neuorientierung nicht mehr angeschafft werden sollten. Insbesondere weil Lehrpersonen die Lektionen von zuhause, an ihren virtuellen Arbeitsplätzen vorbereiten und in der Schule dann abrufen können, womit ict im Umgang mit Beamer und Leinwand alltäglich und zum didaktisch methodischen Mittel werde.

Die Unterrichtssituation könne nicht mit einem Büro-Arbeitsplatz verglichen werden. Aber wie in der Wirtschaft, wo in Sitzungszimmern mit Beamern und Leinwänden gearbeitet werde, so habe auch ein Klassenzimmer viele Bestandteile eines Sitzungszimmers, worin Beamer und Leinwand eben alltäglich seien. Wie bereits erwähnt, seien Beamer und Leinwand gegenüber den teuren interaktiven Wandtafeln die günstigere Lösung.

Der ursprüngliche Terminplan für die Realisierungsetappe 1 und 2 im Sommer 2009 bzw. Sommer 2010 habe wegen der Komplexität des Geschäfts und fehlender Ressourcen nicht eingehalten werden können.

Im März 2010 habe eine Zwischenbilanz der Projektmitarbeitenden im ict4kids-Projekt ergeben, dass es im Mengengerüst noch Widersprüche gebe. Für die Aufgabe, die bis zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Dokumente, Konzepts und Mengengerüste zu sichten, diese vor Ort zu verifizieren und aufeinander abzustimmen und wo nötig mit den betroffenen Personen zu bereinigen, sei der Fachmann, Herr Heinz Frauchiger, beigezogen worden. Herr Heinz Frauchiger habe als externer Projektmanager Erfahrungen in Herzogenbuchsee, Aarwangen, Thun und Zürich gesammelt und kenne die Langenthaler Verhältnisse sehr gut.

Das ganze Projekt sei also noch einmal mit einer "Aussensicht" durchleuchtet worden. Was Wunschbedarf gewesen sei, sei spätestens in dieser Phase gestrichen worden und wo Mängel erkannt worden seien, seien noch Ergänzungen vorgenommen worden.



Die Projektorganisation zeige, dass alle Stellen, die in der Vorprojektphase informiert werden mussten, informiert worden seien. Alle Schulzentren, Schulleiter, Fachspezialisten, Lehrerinnen und Lehrer seien beigezogen, befragt und zusammen mit der ict-Begleitgruppe zur Stellungnahme eingeladen worden.

Auch das Stadtbauamt und das Finanzamt seien involviert gewesen.



Das vorliegende pädagogische ict4kids-Konzept sei von Frau Monika Jufer mit allen Helferinnen und Helfern erarbeitet worden.

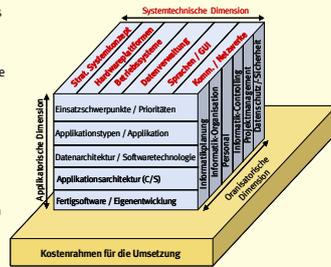
In Stufenkonferenzen sei mit ausgebildeten ict-Verantwortlichen festgelegt worden, was wann vermittelt werden soll, in welchen Stufen entsprechend Erlerntes gefestigt sein müsse.

## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 5. a) Informatikstrategie – Ziel und Zweck

Die Informatikstrategie bildet die Basis für alle Konzepte und Lösungen im Bereich des Informatikeinsatzes für "ict4kids". Dies bedeutet, dass sich die Informatikbedürfnisse der einzelnen Schulen dieser Strategie unterordnen. Damit nimmt die Informatik-Strategie einen sehr hohen Stellenwert ein. Bei der Informatik-Strategie geht es um Leitplanken, d.h. um Grundsätze für den künftigen Informatikeinsatz in den Volksschulen



Diese Grafik zeige das Technische (externe User der Volksschulen, Firewall, Verwaltungstool etc.). Darauf basiere die Kostenberechnung.

Die vorliegende Informatik-Strategie für die Volksschule sei von Herrn Aris Zemp, Fachbereichsleiter Informatik, erarbeitet worden.

## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 4. Pädagogisches ict4kids-Konzept



- Gezieltes Erlernen von Medienkompetenz
- Optimierung der Unterrichtsmethodik (Individualisierung)
- Zeitgemässer und vielfältiger Unterricht
- Vernetzung auf allen Ebenen
- Stufenübergreifende Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch ausgebildete ICT-Verantwortliche
- Integration von ICT in allen Schulzentren gewährleistet
- Qualitätssteigerung der Volksschule Langenthal

Diese Grafik veranschauliche die Komplexität der Informatik-Strategie.

Nichts sei dem Zufall überlassen worden, indem alle Fachkräfte zusammengenommen worden seien, um den Bedarf zu klären, was es brauche, wie es gebraucht werde und wer involviert sei, damit der Informatikeinsatz in der Volksschule auch funktioniere. Und, dass die Bedürfnisse der Schulen mit diesen grossen Anlagen abgedeckt und aufeinander abgestimmt seien

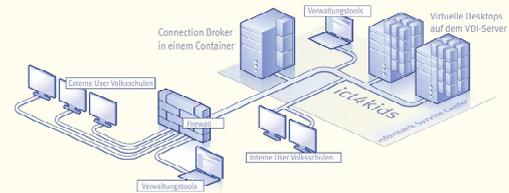
## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 5. b) Informatik-Konzept

#### Ziel und Zweck des Informatikkonzeptes

- Grundlagen für die Umsetzung von "ict4kids"
- Lösungen zu systemtechnischen, applikatorischen und organisatorischen Grundsätzen
- Bildet die Basis für die Kostenberechnung





## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 6. Aus- und Weiterbildungskonzept für Lehrpersonen



- ICT-Infrastruktur
- ict4kids-Plattform
- Standards für Lehrpersonen gemäss Pädagogischem ICT-Konzept
- Schulung der Lehrpersonen in Büromatik, Outlook, Mail und Internet
- Vorbereitungssoftware
- Lernsoftware
- Standards für Schülerinnen und Schüler
- ICT-Regeln

Das Mengengerüst habe viel zu reden gegeben, da sich die Erziehungsdirektion des Kantons Bern nicht ganz so klar ausgedrückt habe, was es eigentlich brauche, um die ict-Lernsoftware so laufen zu lassen, um damit das Wissen vermitteln zu können.

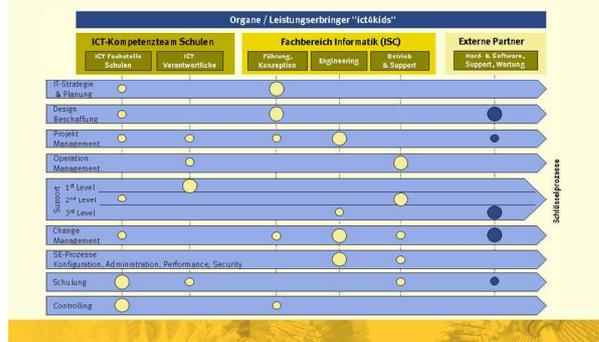
Pro Schulzimmer seien zwei fest installierte EDV-Arbeitsplätze und zwei weitere Kabelanschlüsse vorgesehen (ein Gerät für die Schülerinnen und Schüler, ein Gerät für die Lehrkraft). Für 90 Klassen plus Informatikräume, plus Pool für Gruppenarbeiten, plus alle Lehrerzimmer, Schulleitungen, Hauswarten etc. sei vorgesehen 512 Geräte anzuschaffen, damit die Schulhäuser flächendeckend gleich ausgerüstet seien.

Bei den Kindergärten werde zu Beginn nur ein Arbeitsplatz eingerichtet, um die Lehrerinnen an das Netz von Langenthal anzuschliessen, so dass diese sich mit den anderen Lehrkräften vernetzen können. Erst in einem späteren Schritt werde vielleicht Lernsoftware für Kindergärten angeschafft.

## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 8. Organisations- und Betriebskonzept



Es sei bekannt, dass die Lehrerinnen und Lehrer der etwas älteren Generation nicht mit ict aufgewachsen seien. Damit auch diese das Wissen den Kids aber weitergeben können, sei ein weit ausgereiftes Weiterbildungskonzept für Lehrpersonen erarbeitet worden.

## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 7. Aufschlüsselung Mengengerüst

	Standorte														Kindergärten n	Total		
	Hard		Elternzette		K1		K2		K3		K4		Pavillon					
Anzahl Klassen	13	14													51	12	90	
Anzahl Kinder	220	262													887	245	1614	
	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP	Räume	EDV-AP		
Allg. Unterrichtsraum	13	26	14	28	16	32	7	14	6	12	22	44	0	0	12	15	90	171
Informatik-Räume	1	2	1	2	2	4	0	0	1	2	2	4	0	0	0	0	7	185
POOL für Gruppenarbeiten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	66
Weitere Unterrichts-Räume wie: Spezial-Räume (Aula, Sitzungszimmer, Physik, Naturwissenschaft, Vorbereitungs-Räume, Logopädie, Bibliothek, Gruppen-Räume, Musik, Hauswirtschaft usw.)	6	12	19	38	11	22	4	8	0	0	12	24	7	8	3	0	62	67
Lehrerzimmer	1	2	2	4	2	4	3	1	2	2	4	4	1	0	1	1	16	17
Schul-Leitungen	1	0	2	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	9	1
Hauswarte	0	0	0	0	1	1	1	0	0	0	1	1	1	0	0	0	5	5
	22		38		33		15		9		44		10		17		189	
	73		87		119		26		45		136		9		17		512	



Die Kosten seien in bauliche Massnahmen und in Informatik (Anschaffung Hardware) aufgelistet und in die Realisierungseinheiten 1 und 2 gegliedert. Das heisse, dass zuerst die Realisierungseinheit 1 (Hard und Elzmatte) ausgerüstet würde. Die Realisierungseinheit 2 (Schulhäuser Kreuzfeld 1, 2, 3 und 4) würde mit den geplanten Sanierungen realisiert.

Auch der Abschreibungsmodus sei auf dieser Grafik dargelegt (bauliche Massnahmen: 10% vom Restbuchwert; Informatik: Abschreibung linear 20% auf 5 Jahre).

## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 9.a) Kosten

#### > Investitionskosten

	RE 1 / RE 2	Kreuzfeld 1 / 4	Total	Abschreibungen	Abschreibungsaufwand in CHF
Bauliche Massnahmen	1'595'000	1'055'000	2'650'000	10% des Restbuchwerts	Jahr 1: 265'000; Jahr 2: 239'000; Jahr 3: 215'000 etc.
Informatik	2'500'000	0	2'500'000	20% linear	je 500'000
<b>Total Investitionskosten</b>	<b>4'095'000</b>	<b>1'055'000</b>	<b>5'150'000</b>		

#### > Wiederkehrende Kosten / Finanzfolgekosten (Jahre 1 bis 3 etc.)

	Bauliche Massnahmen	Informatik	Total Jahr 1	Jahr 2	Jahr 3
Personalkosten	-	297'000	297'000	297'000	297'000
übrige Betriebskosten	-	189'800	189'800	189'800	189'800
<b>Betriebskosten</b>	<b>-</b>	<b>486'800</b>	<b>486'800</b>	<b>486'800</b>	<b>486'800</b>
kalkulatorische Zinskosten <sup>1)</sup>	99'375	93'750	193'125	164'000	136'500
Abschreibungen	265'000	500'000	765'000	739'000	715'000
<b>Kapitalkosten</b>	<b>364'375</b>	<b>593'750</b>	<b>958'125</b>	<b>903'000</b>	<b>851'500</b>
<b>Total Kosten wiederkehrend</b>	<b>364'375</b>	<b>1'080'550</b>	<b>1'444'925</b>	<b>1'389'800</b>	<b>1'338'300</b>

<sup>1)</sup> kalkulatorischer Zins: 3.75% des Restbuchwerts

Die aufgeführten wiederkehrenden Kosten enthalten Personalkosten, welche 2,4 Stellen beinhalten (2,0 Stellen/Informatiker und 0,4 Stellen für die Verbindung der Schulen und deren Verantwortung das ganze Projekt zu tragen).

Die übrigen Betriebskosten, beinhalten alle aufgerechneten Kosten sowie das Leasing der Drucker.

Die Aufführung der kalkulatorischen Zinskosten und der Abschreibungen sorgte für volle Transparenz und zeige auf, wann und in welchem Jahr welche Kosten anfallen.

## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 9. b) Kosten

#### Tragbarkeit

- ⇒ Investitions- und Finanzplan 2011–15: Inv. Kosten: CHF 3 Mio.
- ⇒ Kreuzfeld-Sanierung: rund CHF 0.92 Mio., doppelt enthalten (in Sanierungsantrag und in diesem Antrag)
- ⇒ Beantragte Investitionskosten: CHF 5.15 Mio.
- ⇒ effektiv vergleichbare Kosten: **CHF 4.23 Mio.** (CHF 0.92 Mio: Kreuzfeld)

#### ⇒ Mehrbelastung der laufenden Rechnung (Jahre 2011 bis 2014):

- höhere Kapitalkosten aufgrund der höheren Investitionskosten
- nicht im FIPLA 2011 – 15 enthaltene Betriebskosten für „ict4kids“

Jahr	2011	2012	2013	2014	etc.
Mehrkosten gegenüber Finanzplan 2011-2015 aus Kapitalkosten	626'000	514'000	500'000	371'000	...
Mehrkosten gegenüber Finanzplan 2011-2015 aus Betriebskosten	486'800	486'800	486'800	486'800	...
<b>Total Mehrkosten im Vergleich zum Finanzplan 2011-2015</b>	<b>1'112'800</b>	<b>1'000'800</b>	<b>986'800</b>	<b>857'800</b>	<b>...</b>

#### Nachkredit 2011

- Personalkosten
- ⇒ 2 Fachspezialisten IT à je 100% / Leitung ICT-Fachstelle Schulen 40%; je ab Juli 2011
- ⇒ Kreditantrag: **CHF 144'000 (im Beschluss enthalten)**

Zusammenfassung der Investitionskosten in der Finanzplanung von 2011 - 2015.

Es sei bereits kommuniziert worden, dass im ict-Projekt Fr. 920'000.00 eigentlich doppelt enthalten seien. Die Fr. 920'000.00 seien auch in die Renovationen der Schulhäuser eingerechnet worden. Weil das ict-Projekt im Fall, dass die Renovation der Schulhäuser vom Volk abgelehnt würde, trotzdem müsste realisiert werden können. Wenn die Renovation der Schulhäuser vom Volk angenommen werden, fallen Fr. 920'000.00 weg, womit die ict4kids-Vorlage statt auf Fr. 5,15 Mio. auf effektiv Fr. 4,23 Mio. zu stehen komme.

Auch die Mehrbelastung der Laufenden Rechnungen der Jahre 2011 bis 2014 sei aufgezeigt, worin unter Anderem auch die Mehrkosten für die IT-Fachspezialisten (200-Stellenprozente) und die 40 Stellenprozente für die ICT-Fachstelle Schulen eingerechnet worden seien. Alle Kosten, die durch dieses Projekt ausgelöst würden, seien wirklich transparent dargestellt und offengelegt.



## Projekt „ict4kids“

stadtlangenthal

### 10. Umsetzungsplanung



Wenn das Parlament der Vorlage heute Abend zustimme, komme die Vorlage am 14./15. Mai 2011 vor das Volk. Wenn die Vorlage auch die Volksabstimmung überstehe, werde sofort mit den Umsetzungsarbeiten begonnen, so dass in einem Jahr die Realisierungseinheit 1 abgeschlossen werden könnte. Die Realisierungseinheit 2 würde im Anschluss daran und zusammen mit der Sanierung der Schulhäuser erfolgen.

Das ganze ict4kids-Projekt sei minutiös aufgegleist worden. Alle Beteiligten hätten sich sehr engagiert, wofür sie sich an dieser Stelle bedanke. Nebst der Hoffnung, dass ihre Ausführungen dazu beitragen, all-fällige Unklarheiten zu klären und offene Fragen zu beantworten, wünsche sie sich, dass der dauernd im Raum stehende Vorwurf, das ict4kids-Projekt sei unseriös und unprofessionell vorbereitet worden, für immer vom Tisch sei.

Mit der Unterstützung dieses Geschäfts würden die Langenthaler Schulen gestärkt, indem der notwendige Schritt weg von schlecht ausgerüsteten Schulzimmern hin zu neuen Technologien - ohne Wunschbedarf - unternommen werden könne. Sie hoffe, dass das Parlament ein positives Signal an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ausstrahle.

**Urs Zurlinden, GPK-Präsident:** Obschon die Geschäftsprüfungskommission nur die formelle Richtigkeit der Vorbereitung und der Abwicklung eines Geschäftes zu überprüfen hätte, sei auch eine inhaltliche Prüfung der Vorlage erfolgt. Die Präsenz der jeweiligen Gemeinderatsmitglieder an Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission ermögliche es der Geschäftsprüfungskommission, auch Fragen zu stellen und Antworten darauf zu erhalten, die über eine reine formelle Prüfung der Vorlagen hinausgehen. Er danke an dieser Stelle den Mitgliedern des Gemeinderates ein für alle Mal, dass sie sich jeweils geduldig Zeit nehmen, auch Fragen zu beantworten, die eigentlich über die engen Kompetenzen der Geschäftsprüfungskommission hinausgehen.

Das Projekt ict4kids habe eine längere Leidensgeschichte hinter sich, die seiner persönlichen Meinung nach - und damit entgegen der Meinung von Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini - kein ausgesprochen gutes Licht auf das Projektmanagement werfe. Nach etlichen Jahren des Übens und Diskutierens sei man nun Schluss gekommen, gleich mehrere aussenstehende Berater beizuziehen. Aus diesem Grund habe sich die Geschäftsprüfungskommission dafür interessieren müssen, wie hoch die bisher aufgelaufenen Projektkosten - notabene nur die nach aussen verrechneten Kosten - seien, da auch solche Kosten zwischen der Kompetenzordnung des Gemeinderates und des Stadtrates liegen (Kosten über Fr. 150'000.00 seien vom Stadtrat zu bewilligen). Die Kostenaufstellung, die Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini vorgelegt habe, habe die Geschäftsprüfungskommission beruhigt: Bisher seien Projektkosten von knapp Fr. 110'000.00 entstanden. Der Gemeinderat habe gesamthaft und präzis Fr. 117'443.20 bewilligt, was viel sei, sich aber formell im "grünen Bereich" bewege.



Die Geschäftsprüfungskommission habe auch inhaltliche Fragen gestellt, wie in wie fern ein Zusammenhang zwischen dem ict4kids-Projekt der Stadt Langenthal und den Bedürfnissen der Gemeinde Aarwangen bestehe. In der Berner Zeitung sei heute zu lesen, dass die Gemeinde Aarwangen eigentlich fest mit einer Lösung für ihre Schulen bis diesen Sommer gerechnet und voll auf eine Zusammenarbeit mit der Stadt Langenthal gesetzt habe. Leider habe Langenthal per Ende letztes Jahr die Notbremse ziehen müssen, da zuerst die Schulen der Stadt Langenthal ausgerüstet werden sollen, womit Aarwangen nun buchstäblich im Regen stehe. Ob Aarwangen - ein guter IT-Kunde der Stadt Langenthal - jetzt eine andere Lösung treffen werde und als Kunde quasi abspringe, bleibe abzuwarten.

Die Geschäftsprüfungskommission habe auch die Frage gestellt, ob Alternativen zur doch ziemlich teuren Langenthaler-Lösung geprüft worden seien. Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini habe glaubhaft informiert, dass ein ganz wesentlicher Teil der Kosten nicht entstehen würde, wenn die Schulhäuser der Stadt Langenthal baulich und punkto Infrastruktur einigermaßen fit wären. Beispiele: Die notwendige Modernisierung der Starkstromversorgung koste eine satte Million Franken; die Verkabelung des Netzwerkes werde rund Fr. 1,7 Mio. kosten, wobei die günstigere und erst noch modernere Lösung mit einem kabellosen Netzwerk offenbar wegen den dicken Schulhauswänden nicht so einfach möglich sei. Die reinen Infrastrukturkosten für das ict4kids-Projekt betragen demnach ansehnliche Fr. 2,5 Mio., womit die hohen Gesamtinvestitionskosten von Fr. 5,15 Mio. doch in ein etwas anderes Licht gestellt werden.

Die Geschäftsprüfungskommission habe auch wissen wollen, ob eine Variante mit Leasing-Lösungen geprüft worden sei und zur Antwort erhalten, dass der Gemeinderat eine solche Lösung in erster Linie aus Kostengründen abgelehnt habe. Allen sei klar, dass auch Leasingfirmen selbstverständlich etwas Geld verdienen wollen.

Schliesslich habe die Geschäftsprüfungskommission auch wissen wollen, ob die Schüler und die Lehrer von zuhause aus Zugriff auf ict4kids haben werden und die Antwort erhalten: Die Lehrer schon, die Schüler nicht- obwohl es technisch möglich wäre. Aus pädagogischen Überlegungen sei ein Zugriff der Schüler im Moment aber nicht vorgesehen.

Die Geschäftsprüfungskommission habe auch gefragt, ob die Installation von interaktiven Boards anstelle von Wandtafeln geprüft worden sei, wie sie zum Beispiel auch in der Heilpädagogischen Schule bereits erfolgreich benützt werden und zur Antwort erhalten, dass diese zu teuer seien. Im KV-Schulhaus würden diese Boards kaum - und wenn überhaupt, nur von Schülern - benutzt. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich eines Kommentars zu dieser Aussage enthalten.

Diese Fragestellung zeige, dass die Geschäftsprüfungskommission sehr wohl auch kritische Fragen gestellt habe und darauf insgesamt überwiegend befriedigende Antworten erhalten zu haben. Was die formelle Richtigkeit der Vorlage betreffe, so könne diese von der Geschäftsprüfungskommission problemlos bestätigt werden.

## **B Allgemeine Diskussion und Antragstellung der Fraktionen, Einzelsprechende zur Vorlage**

Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion freue sich zusammen mit den Langenthaler Schülerinnen und Schülern, den Lehrern und sogar den Kindergärtnern, dass die Langenthaler Schulen in den Genuss des ict4kids-Projektes kommen sollen. Das Projekt sei keine halbe Sache, sondern wahrlich ein ganzes Projekt, das voraussichtlich auch erst Ende des Jahres 2016 vollendet sein werde. Das Projekt sei grosszügig konzipiert ohne luxuriös zu wirken, da interaktive Wandtafeln, wie bereits erwähnt, in der Kaufmännischen Berufsschule und in der Heilpädagogischen Schule schon zu bewundern seien. Das Projekt selber schein optimiert und subtil konzipiert zu sein, womit es einen Meilenstein für die Langenthaler Schulen darstelle. Erwähnenswert sei auch, dass dies halt "seinen Preis habe", womit spätestens jetzt speziell bei der FDP/jll-Fraktion - auch ökonomische Überlegungen ins Spiel kommen. Die FDP/jll-Fraktion nehme gerne zur Kenntnis, dass von den Fr. 5,15 Mio. rund Fr. 1 Mio. für die Vernetzung der Kreuzfeldschulhäuser in einem noch ausstehenden Sanierungsprojekt dieser Schulanlagen schon berücksichtigt seien, was heisse, dass bei Annahme der geplanten Kreuzfeld-Sanierungs-Vorlagen im vorliegenden ict4kids-Projekt Fr. 4,2 Mio. und nicht Fr. 5,15 Mio. ausgelöst würden.



Die Verhältnismässigkeit der Vorlage scheine gegeben zu sein. Persönlich glaube er dem Gemeinderat, dass die Kosten pro Schüler im Durchschnitt nicht höher seien, als dies in analogen und andernorts bereits realisierten Projekten der Fall sei.

Der FDP/jll-Fraktion sei die Nachvollziehbarkeit der Gedankengänge des Gemeinderates sehr wichtig, die dazu geführt haben, dass das Konzept so und nur so gestaltet worden sei.

Die FDP/jll-Fraktion habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Start von ict im Glaspalast wohl zuerst etwas verschlafen worden sei, und dass das ganze Projekt möglicherweise wohl etwas auf die leichte Schulter genommen worden sei. Dies in Anbetracht der Tatsache, dass der Kanton Bern schon seit dem Jahr 2005 von der informationstechnischen Aufrüstung der Berner Schulen rede und ict im Jahre 2007 in den Lehrplan aufgenommen habe. Die Langenthaler Exekutive habe aber erst im Mai 2008 beschlossen, ict an den Langenthaler Schulen umzusetzen und gar erst im März 2010 entschieden, externe Unterstützung ins Projekt zu holen. Das Geschäft sei in Bezug auf die Komplexität und die Kosten offenbar zuerst ziemlich unterschätzt worden. Die Planung und Ausarbeitung der Vorlage seien dann aber zügig in Gang gekommen.

Der FDP/jll-Fraktion tue es leid, dass die Gemeinde Aarwangen, die von Anfang an mit Langenthal zusammengespant habe und die Langenthaler ict-Lösung eigentlich habe übernehmen wollen, nun immer noch auf der Wartebank sitze, während die Gemeinde Herzogenbuchsee die kantonalen Vorgaben als Pilotprojekt-Gemeinde bereits seit dem Jahr 2009 erfülle.

Die FDP/jll-Fraktion hätte trotzdem von der Exekutive gerne eine etwas grosszügigere Auslegeordnung in Bezug auf die Überlegungen des Gemeinderates zum Einsatz der Wireless-Technik gehabt, da diese nun nur vorübergehend als Provisorium zur Überbrückung (bis zur Verlegung der Verkabelung im Kreuzfeld) eingesetzt werde. Immerhin werde die kabellose Technik in Zukunft eine immer grössere Rolle spielen und gelte als kostengünstiger. Unter Anderem sei der FDP/jll-Fraktion die Begründung bewusst, dass der Transfer von Daten (wie der Transfer von Prüfungsdaten und Prüfungsnoten, eventuell sogar Gefährdungsmeldungen) mit einem Wireless-System natürlich kritisch sei.

Die FDP/jll-Fraktion würde es aber auch interessieren, welche Überlegungen in Bezug auf die Option "Leasingkonzept" angestellt worden seien. Die Informations- und Kommunikationstechnologie sei ein Gebiet, in dem sich Fortschritte in Zeitabständen von wenigen Jahren abspielen. Was heisse, dass gekaufte Geräte sehr rasch veraltet sein werden. Die FDP/jll-Fraktion halte es jedoch für richtig, die technischen Einrichtungen innerhalb von 5 Jahren abzuschreiben.

Betreffend den Unterhalt der ict-Systeme frage sich die FDP/jll-Fraktion - weil dafür 240 neue Stellenprozente eingegeben worden seien - ob an ein Outsourcing der Serviceleistungen für ict gedacht und wie es beurteilt worden sei. Die vorliegende Lösung bedinge, dass praktisch alle im Informatik-Team der Stadt den Service werden leisten können. Auf der anderen Seite erlaube ein Team von 8 EDV-Fachleuten, dass der Service auch den umliegenden Gemeinden angeboten werden könne. In diesem Sinne wäre korrekter, in der Botschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (im grau markierten Bereich des Gemeindebeschlusses) die 240% neuen Stellen entsprechend zu erwähnen.

All die genannten Überlegungen hätten in der FDP/jll-Fraktion zur Diskussion geführt, ob eine zweite Lesung der Vorlage verlangt werden soll. Da das ganze Projekt zeitlich aber schon hinter den Vorgaben des Kantons hinterherhinke, wolle die FDP/jll-Fraktion keine weiteren Verzögerungen und verzichte auf eine entsprechende Antragstellung.

In einem Punkt schliesse sich die FDP/jll-Fraktion jedoch einem von der Finanzkommission an den Gemeinderat gerichteten Anliegen an, dass aufgezeigt werden soll, wo die Mehraufwendungen der Betriebskosten von Fr. 189'800.00 für das Projekt ict4kids ab dem Voranschlag 2012 eingespart werden können.

Die FDP/jll-Fraktion werde das vorliegende Projekt ict4kids genehmigen.



**Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion:** Es sei nicht 5 Minuten vor 12, wie aus gewissen Zeitungen zu erfahren sei, es sei auch nicht 12, sondern mindestens bereits 10 Minuten nach 12. Seit dem Jahr 2009 sollten die ict-Vorgaben des Kantons umgesetzt sein. Wie könne es sein, dass die Stadt Langenthal, die seit dem Jahr 2005 am Projekt arbeite, das Geschäft erst heute und somit 6 Jahre später in die entscheidende Phase bringe. Einerseits seien sicher die von Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini bereits erwähnten knappen Ressourcen verantwortlich, andererseits stelle sich der EVP/glp-Fraktion aber die Frage, weshalb die Ressourcenknappheit erst so spät bemerkt und darauf reagiert worden sei.

Auch bei eigentlich unbestrittenen Geschäften sehe es die EVP/glp-Fraktion gerne, wenn diese zu einem Zeitpunkt in den Stadtrat kommen, ohne dass eine allfällige Rückweisung oder eine zweite Lesung die gesamte Vorlage zum Scheitern bringe.

Die Volksschule Langenthal sei, was Informatik und Multimedia betreffe, sicher nicht up to date. Der Handlungsbedarf sei dementsprechend dringend gegeben. Dass das ict-Projekt gesamtheitlich und ohne Salamitaktik zu betreiben, angefasst worden sei, sei löblich. Allerdings stelle sich die Frage, ob ein heute seit 6 Jahren bestehender Status Quo "das Gelbe vom Ei" sei. Ein vorzeitiges und im vorliegenden Fall rechtzeitiges Aufrüsten der Schulzentren Elzmatte und Hard wäre sicherlich angebracht gewesen.

Heute befinde sich die Stadt Langenthal am Punkt, ihre Schulen von der Steinzeit ins 22. Jahrhundert kapultieren zu können. Jeder in die Bildung gesteckte Rappen stelle eine gute Investition dar. Allerdings stelle sich die Frage, in wie fern, oder ob ein Beamer in jedem Klassenzimmer die Qualität des Unterrichts und der Bildung so viel mehr steigern könne, als eine Lösung mit mobilen und weniger Geräten. Klar gebe es gewisse Unterrichte (wie beispielsweise das Fach Französisch), die gezwungenermassen auf multimediale Techniken setzen. Es sei aber nicht davon auszugehen, dass in allen Klassen gleichzeitig Französisch unterrichtet werde. Ausserdem sei eine 40%-Stelle vorgesehen, um den Einsatz der mobilen Geräte zu koordinieren.

Die EVP/glp-Fraktion erachte die wiederkehrenden Kosten als wichtig. Diese Kosten seien nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion zu tief angesetzt. Es stelle sich die Frage warum beispielsweise im Konto 140.315.00 nur gerade Fr. 2'000.00 eingesetzt worden seien. Bei 120 Beamern und 450 PC's könne wohl kaum davon ausgegangen werden, dass Fr. 2'000.00 für deren Unterhalt und Reparatur ausreichen. Dieser Betrag reiche gerade einmal für eine PC-Reparatur und für den Ersatz von zwei Beamerbirnen aus.

Die EVP/glp-Fraktion habe auch nirgends Zahlen zur mittel- und langfristigen Planung von Investitionen oder von der Art und Weise zukünftiger Ausgaben für das ict4kids-Projekt gefunden. Dementsprechend stelle sich die Frage, wie die Infrastruktur à jour gehalten und in welchem Abstand die Geräte ersetzt werden sollen. Laut kantonaler Vorgaben sei mit einer durchschnittlichen Lebensdauer von ungefähr 4 Jahren zu rechnen. Wird demnach nach der Umsetzung der Realisationsphase 1 und 2 einfach abgewartet, bis die jeweiligen Geräte alle veraltet sind, oder wird jährlich eine bestimmte Anzahl von Computern, Laptops und Peripheriegeräten fix ausgetauscht? Wenn ein jährlicher Austausch stattfindet, wo und in welcher Höhe sind diese Kosten aufgeführt? In der Investitionsplanung müssten diese Kosten ja irgendwo aufgeführt sein.

Die EVP/glp-Fraktion habe sich auch gefragt, wieso ein Microsoft-Office und nicht ein Open-Office-Programm verwendet werden soll. Fraglich sei auch, warum nur die Kosten des Starkstromnetzes in den Sanierungen der Schulhäuser Kreuzfeld 1 und 4 - nicht aber die Multimedieverkabelung (Ethernet), die nach Baukostenplan durchaus auch dem Gebäude zugeordnet werden könnte und somit nicht in der Einrichtung untergebracht werden müsste - aufgeführt seien. Mit diesem Vorgehen hätte relativ viel Geld von diesem Projekt weggezogen und bei der Annahme der Schulhaussanierungen den Sanierungsprojekten zuordnet werden können.

Alles in Allem gebe es in diesem Geschäft noch viele offene Fragen. Die EVP/glp-Fraktion könne somit nicht geschlossen hinter der ict4kids-Vorlage stehen und habe sich zur Stimmfreigabe entschieden.



**Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion stimme der Vorlage zu, die drei wichtige Punkte enthalte:

- Pädagogisches Konzept: Mit dem pädagogischen Konzept werde in nächster Zeit etwas zentral Wichtiges umgesetzt: die Medienkompetenz der Menschen.

Herr Stadtratspräsident Roland Christen habe heute Abend bei der Sitzungseröffnung auf die Möglichkeit der Kriegsführung per Handy hingewiesen, was erschreckend sei. Der Umgang mit dem Handy bzw. mit modernen Medien brauche demnach eine gute Medienkompetenz, die sicher im Elternhaus aber zum grossen Teil in der Schule erlernt werden müsse. Ohne entsprechende Medienkompetenz gehe es heute nicht mehr. Mit der Zustimmung zur Vorlage werde erreicht, dass unsere Kinder über eine gute Medienkompetenz verfügen werden.

- Optimierung der Unterrichtsmethode: Mit der Vorlage werde es möglich zeitgemässer, vernetzt und stufenübergreifend zu unterrichten, womit die Langenthaler Schulen ihre Qualität ganz klar verbessern können. Auch werde damit für Chancengleichheit gesorgt.
- Umfang der Ausführungen: Im Gegensatz zum Redner der EVP/glp-Fraktion, erachte sie persönlich den Umfang der Ausführungen nicht übertrieben, da auch sie die Meinung teile, dass es sich um keine High-Tech, sondern um eine solide Lösung handle. Eine solide Lösung basiere auf einem aufbaubaren Fundament. Allen sei bekannt, dass sich die Computerwelt dauernd verändere und schnelllebig sei. Demnach brauche es ein gutes, seriöses und mit einer gewissen Flexibilität versehenes Fundament, um darauf reagieren zu können.

Die Diskussion, ob und in welcher Art und Weise es nun Beamer oder Leinwände brauche, könne endlos weitergeführt werden. Sie persönlich wisse, dass in den Schulstuben oder Schulzimmern befindliches Material auch gebraucht werde. Beamer würden heute einfach zum Standard in jedem neuen und guten Büro und in jedem Betrieb gehören.

Was den Personalbedarf betreffe, so müsse allen klar sein, dass die neuen Aufgaben nicht einfach und zusätzlich von Schulkräften wahrgenommen werden können. Die Tätigkeit erfordere viel Fachwissen (Umgang mit Material und Einrichtungen), wozu es eine Person brauche, die sich ständig damit auseinandersetzen müsse.

Zudem handle es sich beim vorliegenden Geschäft um eine Vorlage, wie sie in anderen Städten längstens umgesetzt worden sei und angewendet werde. Demgemäss sei es für Langenthal höchste Zeit, sich anzupassen.

Was die geäusserte Kritik an den Kosten betreffe, so weise sie als Vertreterin der Sozialdemokratischen Partei darauf hin, dass die SP/GL-Fraktion bereits letzten Herbst davor gewarnt habe, die Steuern zu senken, und dass unter Anderem im Zusammenhang der ict4kids-Vorlage Folgekosten zu erwarten seien. Es sei bedauerlich, dass jetzt über Kosten gejammert werde, die zu erwarten gewesen seien.

Es gelte nun die Chance zu packen und in die Aufrüstung der Langenthaler Schuler zu investieren, um diese von der Steinzeit ins 22. Jahrhundert zu katapultieren.

**Willi Lanz, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion unterstütze das Informations- und Kommunikationsprojekt für die Schulen und die Kindergärten und werde den entsprechenden Anträgen zustimmen. Die SVP-Fraktion wolle in die Zukunft schauen.

ict4kids sei Bestandteil des Lehrplans. Diese Thematik sei in Langenthal noch nicht vollumfänglich umgesetzt, was auch von Seiten der Lehrerschaft versichert werde. Der SVP-Fraktion erscheine das Projekt komplett, zweckmässig und ausgereift, mitunter auch Dank dem Einbezug von aussenstehenden Fachleuten.



Das tägliche Leben werde heute von der Elektronik bestimmt. Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, die Gesellschaft allgemein und der Werkplatz haben Erwartungen. Als Bildungsstandort müsse Langenthal diese Erwartungen erfüllen. Mit der Investition werden die Schülerinnen und Schüler aber auch die Auszubildner Ernst genommen, so dass diese schliesslich eine zeitgemässe Ausbildung bekommen bzw. unterrichten können. Zusammen mit der hoffentlich künftigen Sanierung der Schulanlagen sei die Zustimmung zur Vorlage doch ein deutliches von der Stadt Langenthal gesetztes Signal (Stadtmarketing).

Die SVP-Fraktion erachte die Diskussion über einzelne Beamer als müssig und als nicht zielführend. Mit der Vorlage werde eine Gesamtlösung präsentiert, die aus Sicht der SVP-Fraktion so umgesetzt werden sollte. Ansonsten werden die Beamer irgendwann trotzdem auf einem Budget erscheinen und somit gleichwohl angeschafft werden.

Auch die SVP-Fraktion habe die Kosten auf den ersten Blick als hoch empfunden. Bei näherer Betrachtung der Umstände, dass Langenthal mit der Zustimmung zur Vorlage quasi vom elektrischen Mittelalter in die Neuzeit vorstosse, seien die grossen Summen aber plausibel und erklärbar.

Die SVP-Fraktion finde es auch richtig, dass eine zentrale Lösung und eine Vernetzung über das Kabel vorgeschlagen werde. Langfristig werden sich die eindeutigen Vorteile in Bezug auf die Betriebssicherheit des Systems aber auch in Bezug auf die Gesundheit auszahlen.

Die SVP-Fraktion sei klar der Meinung, dass die verzögerte Einführung nicht so schlimm sei, da sich daraus auch Chancen in der Umsetzung ergeben. Komplexe Transaktionen und Projekte - wie das vorliegende - bedürfen einer sorgsam und zeitraubenden Vorbereitung. Ein schlampiges Vorgehen hätte im Stadtrat und vor dem Volk erst recht keine Chance und würde Langenthal wieder um Längen zurückwerfen.

Die Stadt Langenthal müsse sich durch die zeitlichen Vorgaben des Kantons wirklich nicht verunsichern und sich bei der Entscheidungsfindung gar in die Enge treiben lassen. Schliesslich verfüge Langenthal sei einigen Jahre über eine funktionierende Lösung, was auch von der Erziehungsdirektion des Kantons Bern gemäss einem Zeitungsbericht im Langenthaler Tagblatt (Samstag, 26. Februar 2011) bestätigt werde.

Der SVP-Fraktion erscheinen folgende Punkte in der Umsetzung wichtig:

- Die SVP-Fraktion verlange die Einführung eines griffiges Controllings als auch die Einsetzung eines Projektmanagements, damit das Kostendach wirklich gehalten - oder noch besser - unterschritten werden könne, und dass vor Allem auch die Zeit in den Griff bekommen werden könne.
- Die wiederkehrenden Kosten belaufen sich Alles in Allem auf rund Fr. 1 Mio. weil auch die Abschreibungen eingerechnet werden müssen. Dies gelte es auch künftig zu beachten, weil dies mitunter auch eine einschränkende Wirkung haben könnte.

Trotzdem sehe die SVP-Fraktion die Kostensituation nicht gleich wie die SP/GL-Fraktion. Wenn es gelinge, Langenthal als Werkplatz weiterzuentwickeln und wenn es gelinge, dass Familien Langenthal als Lebensmittelpunkt wählen, dann müsse man sich kaum Sorgen über die künftige Finanzsituation machen. Das Schul- als auch das bestehende Ausbildungsangebot sei ein ganz wichtiges Puzzleteil dazu.

In diesem Sinne werde die SVP-Fraktion der Vorlage zustimmen.

**Daniel Steiner:** Das Projekt rufe ihn als Lehrer und als Auszubildner von zukünftigen Lehrern auf den Plan, weil er glaube, dass man sich mit dem Projekt etwas vormache. Er sei doch relativ erstaunt, wie wenig Kritik ein Geschäft von mehr als Fr. 5,0 Mio. im Stadtrat hervorrufe. Immerhin gehe es um 3 neu zu schaffende Stellen, was mit wiederkehrenden Ausgaben verbunden sei, und einem nicht gerade alltäglichen Investitionskredit. In diesem Rat seien schon stundenlange Diskussionen über Peanuts geführt worden, wogegen beim vorliegenden Geschäft nun einfach rund Fr. 5,2 Mio. für Informatikmittel ausgegeben werden sollen.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

Was ihn besonders irritiere, sei die Tatsache, dass diejenigen Fraktionen, die sonst jeden Rappen umdrehen und kritisch begutachten, sich bei diesem Geschäft so unkritisch zeigen und zu Kopfnickern mutiert seien.

Es werde viele überraschen, dass er sich gegen dieses Bildungsgeschäft ausspreche. Besonders, da er im Stadtrat als auch im Grossen Rat immer wieder Bildungsgeschäfte und mehr Ressourcen für die Bildung sehr aktiv unterstütze. In aller Deutlichkeit halte er fest, dass ihn absolut keinen Franken reue, der in die Bildung fliesse und dazu beitrage, dass die Volksschule Langenthal noch besser werde. Im vorliegenden Fall habe er aber grosse Zweifel, ob ein so hoher Betrag wirklich einen entsprechenden Beitrag zur Qualitätssteigerung der Langenthaler Schulen leiste.

Um die Fr. 5,2 Mio. in Relation zu setzen, illustriere er mittels ein paar Beispielen, wie man die Fr. 5,2 Mio. in der Bildung auch einsetzen könnte:

- Eine Jahreslektion auf der Sekundarstufe I koste zwischen Fr. 5'500.00 und Fr. 6'000.00. Mit Fr. 5,2 Mio. Franken könnte somit jeder der 90 Langenthaler Klassen eine Jahreslektion mehr zur Verfügung gestellt werden. Jede Klasse könnte beispielsweise eine Lektion Deutsch oder Musik oder Sport mehr pro Woche haben.
- 30 Schulklassen kosten etwa Fr. 5 Mio. Langenthal könnte sich somit mit diesem Geld 30 zusätzliche Schulklassen mit entsprechend kleinerer Schülerzahl leisten. Er sei überzeugt, dass eine solche hypothetische Massnahme viel mehr positive Auswirkungen auf die Bildungsqualität hätte, als die vorliegenden Investitionen.
- Das kantonale Programm "Bildung und Kultur" koste Fr. 5 Mio. Ein Programm, das die Vernetzung von Bildung und Kultur fördern soll und ein Prestigeobjekt des Erziehungsdirektors sei. Damit koste dieses kantonale Projekt etwa gleich viel wie das kommunale Projekt ict4kids der Stadt Langenthal.

Es gäbe noch sehr viel mehr nennenswerte Beispiele, wo Investitionen sinnvoller wären, wie mehr abteilungsweiser Unterricht, mehr Ressourcen für Fördermassnahmen etc., weil dort die Qualität des Unterrichts entschieden werde und nicht, ob in jedem Schulzimmer ein Beamer installiert sei.

Persönlich sei er der Meinung, dass die Vorlage überdimensioniert sei und in einzelnen Teilen ein Luxusprojekt darstelle. Es gelte sich vorzustellen, wie ict4kids in Gemeinden umgesetzt werde, in denen eine weniger günstige Finanzsituation herrsche als in Langenthal. Er glaube nicht, dass anderswo mit so grosser Kelle angerührt werde. Langenthal wolle sich direkt von der elektronischen Steinzeit in die Zukunft kapapultieren. Er schlage vor, zuerst in der Gegenwart anzukommen.

Seine ablehnende Haltung zur Vorlage basiere auf grundsätzlichen, aber auch auf inhaltlichen Gründen:

- Grundsätzliche Punkte:
  - Der Stadtrat Langenthal habe es einmal mehr mit einer politischer Erpressung zu tun, wie dies schon bei der Einführung der Tagesschule oder bei der Rettung der KEB AG der Fall gewesen sei. Der Stadtrat könne gar nicht mehr Nein sagen, weil sonst die termingerechte Umsetzung der Vorlage oder gar der Betrieb der Institution gefährdet wäre.
  - Am heutigen Abend werde er wohl einer der Einzigen sein, der Nein sage, was ihm aber eigentlich gleich sei, weil er langsam aber sicher "die Schnauze" voll von solchen politischen Erpressungen habe. Er fordere die politischen Behörden auf - in diesem Fall konkret die Verantwortlichen im Bildungsbereich - endlich vorausblickend zu planen, so dass auch eine echte politische Debatte stattfinden könne, was heute gar nicht mehr möglich sei und damit von wenig Respekt gegenüber den politischen Entscheidungsträgern zeuge. Im Langenthaler Stadtrat werde politisches Schattenboxen betrieben, bei dem das Resultat, nämlich ein Ja, schon bekannt sei, was kaum als politische Debatte bezeichnet werden könne.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

Seit dem Jahr 2007 sei bekannt, dass es einen neuen Informatik-Lehrplan gebe, und erst heute im Jahr 2011 werde über die Umsetzung in Langenthal diskutiert.

Langenthal habe Herzogenbuchsee bei der zeitgerechten Umsetzung sogar geholfen. Herzogenbuchsee habe ict4kids im August 2009 und somit zeitgerecht starten können, wogegen Langenthal heillos im Rückstand sei. Daraus ergeben sich folgende zwei Fragen, die er von den politischen Behörden bzw. der Exekutive beantwortet haben wolle:

- Wo ist da das Controlling der zuständigen Behörden, damit das Projekt pünktlich auf den Plan gebracht werden kann?
- Langenthal sei in vielen Bereichen - speziell im Bildungsbereich - immer auf dem letzten Drücker und setze immer wieder kantonale Vorgaben knapp, oder sogar zu spät um. Warum?
- Bei Betrachtung der Investitionsplanung 2011-2015 falle auf, dass darin für die Jahre 2011, 2012 und 2014 Investitionen von Fr. 3,0 Mio. in die Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnologien für die Volksschulen vorgesehen seien. Wenn die aus den Sanierungsprojekten Kreuzfeld losgelösten Fr. 1,1 Mio. für die Umsetzung von ict4kids notwendigen Bau- und Elektromassnahmen abgezogen werden, umfasse das Investitionsvolumen gemäss heutiger Vorlage immer noch Fr. 4,1 Mio. Er frage sich, weshalb in den Investitionsplan im Juli 2010 Fr. 3 Mio. eingestellt werden, wenn es ein paar Monate später (Januar 2011) aber schon Investitionen von Fr. 4,1 Mio. seien. Fraglich sei auch, weshalb die knapp Fr. 500'000.00 wiederkehrenden Ausgaben für die drei neuen Stellen bei der Budgetdebatte nicht einmal eine Aktennotiz wert gewesen seien, obwohl diese wiederkehrenden Ausgaben absehbar gewesen seien. Diese wiederkehrenden Ausgaben hätten bei der letztjährigen Budgetdebatte und den Diskussionen um eine Steuersenkung, erwähnt werden müssen.

Seiner Meinung nach zeuge dieses Vorgehen von unseriöser Politik. Offensichtlich habe man sich beim Volumen des Projektes ict4kids lange Zeit schlicht verschätzt, oder böser formuliert, gewisse Fakten bewusst verschweigen wollen.

### ■ Inhaltliche Punkte:

- In der vorgesehenen Ausrüstung der Schulen seien Beamer für jedes Klassenzimmer vorgesehen, womit von 99 Beamern gesprochen werde. In der Annahme dass ein Beamer Fr. 4'000.00 koste, handle es sich dabei um einen Betrag von 396'000.00, was nicht als nichtige Ausgabe bezeichnet werden könne und durchaus eine Diskussion rechtfertige, zumal im Stadtrat schon über die Ausgaben 20'000 Fränkli "gewettert" worden sei. Er sei zudem schon jetzt auf die Diskussion an der nächsten Stadtratssitzung gespannt, wenn es darum gehen werde rund 150 Eltern von neugeborenen Kindern irgend ein Geschenk im Rahmen und Wert von etwa Fr. 100.00 zu machen.

Es soll ihm als Lehrer und als Ausbilder von Lehrern in diesem Raum doch bitte jemand einen pädagogischen Grund nennen, weshalb jedes Zimmer mit einem Beamer ausgerüstet werden soll und weshalb eine gewisse Anzahl von mobilen Beamern nicht genügen würde. Er rufe dazu auf, es einmal zu versuchen, Mathematik oder Zeichnen mit einem Beamer zu unterrichten. Von den 99 Beamern könnten ein paar eingespart werden und durch mobile Geräte ersetzt werden. In diesem Zusammenhang zitiere er die konkreten Empfehlungen der Bildungsdirektion des Kantons Zürich zum Thema Beamer, die dem externen Fachberater aus Zürich eigentlich bekannt sein sollten: *"... aus Kostengründen jeweils ein Gerät von mehreren Klassen benützen zu lassen. Als Orientierungswert sollen sich jeweils sechs Klassen ein solches Gerät teilen."* Die Anzahl von 99 Beamern liesse sich wohl relativ rasch auf etwa 30 Beamer reduzieren, womit Kosten von rund Fr. 280'000.00 (rund 70 Beamer à Fr. 4'000.00) eingespart werden könnten.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

- Die Kosten für die Überbrückungslösungen von ca. Fr. 200'000.00 im Bereich WLAN in den Kreuzfeld-Schulhäusern erscheinen hoch - zumal es sich nur um eine temporäre Überbrückungslösung handle. Es sei deshalb fraglich, ob wirklich so viel Geld in provisorische Informatikmittel gesteckt werden soll, die später durch definitive Lösungen abgelöst werden.
- In einer Handreichung für Volksschulen - auch diese müsste dem externen Fachberater bekannt sein - empfehle die Bildungsdirektion des Kantons Zürich bei der Anschaffung von Informatikmitteln alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Leasing wäre ein Beispiel. Leasing von Hardware sei im Schulbereich kein Neuland mehr und würde sogar die Liquidität der Stadt schonen. Weshalb in der Vorlage diskussionslos von einem Kauf des grössten Teils der Hardware ausgegangen werde, wo doch eine solche Finanzierung - gerade im Hinblick auf die Grössenordnung des Geschäftes - durchaus diskutabel und attraktiv wäre, sei fraglich.

Trotz des Bewusstseins, wahrscheinlich zur kleinen ablehnenden Minderheit zu gehören, lehne er als Bildungspolitiker dieses Geschäft ab, weil er glaube, dass das dafür vorgesehene Geld nicht in allen Teilen sinnvoll eingesetzt werde. Er sei auch überzeugt, dass die Vorlage auch bei anderen Stadträtinnen und Stadträten Unbehagen hervorrufe.

Wie bereits erwähnt, betone er nochmals, jederzeit für Investitionen in die Schulen bereit zu sein, mit denen die Qualität der Schulen und des Unterrichts verbessert werden können. Die heute zur Diskussion vorliegenden Investitionen würden seiner Meinung nach die Qualität der Schulen und den Unterricht aber nicht zwangsläufig im Mass ihrer Grösse verbessern. Beim vorliegenden Geschäft gebe es zu grosse Fragezeichen, ob diese riesigen Investitionen auch tatsächlich in einem entsprechenden Mehrwert zurückkommen werden.

Er lehne die Vorlage sowohl aus grundsätzlichen wie auch aus inhaltlichen Gründen ab. Das Geschäft sei schlecht aufgegleist, überdimensioniert, nicht in allen Punkten durchdacht und stelle eine politische Zwängerei dar.

**Beatrice Lüthi:** Offenbar und ausserordentlicherweise habe sie und Stadtrat Daniel Steiner das politische Heu fast auf der selben Bühne. Persönlich habe sie zwei Grundsatzbemerkungen zur Vorlage anzubringen:

- Das Ziel der Vorlage sei in Ordnung und unbestritten, da es sich schliesslich um eine kantonale Vorgabe handle. Dieses Ziel müsse verfolgt und auch erreicht werden.
- Vergangenheitsbewältigung mache nur dort Sinn, wo auch Lehren für die Zukunft gezogen werden sollen.

Der Werdegang der Vorlage sei interessant. Ohne auf Details dazu einzugehen, verweise sie dazu lediglich darauf, dass die etwas seltsame Art und Weise der Aufgleisung bereits festgestellt worden sei. Für sie persönlich stelle sich nun diesbezüglich heute die Frage, ob dem Stadtrat einerseits und den Stimmberechtigten andererseits, überhaupt eine Entscheidungsgrundlage vorliege. In diesem Sinne gebe sie Stadtrat Daniel Steiner voll Recht, dass was heute im Stadtrat stattfinde, einmal mehr (Stichwort: Vergangenheitsbewältigung) eine politische Erpressung darstelle, dies angesichts der Tatsache, dass seit dem Jahre 2006 eine Verfügung vorliege, die im Jahre 2007 in Kraft getreten und die mit einer Übergangsfrist bis ins Jahr 2009 ausgestattet sei, heute (Ende Februar 2011) eine Verspätung vorliege.

Es stelle sich ihr die Frage, ob der Kanton nicht langsam Konsequenzen ziehen oder Sanktionen gegenüber säumigen Gemeinden verhängen wolle. Fraglich sei auch, ob die Stadt Langenthal zu den letzten gehöre, oder ob sie sich diesbezüglich noch im Mittelfeld befinde. Diese Fragen hätte sie hier und jetzt gerne beantwortet - ohne diese in die Abstimmungsbotschaft aufnehmen zu wollen - weil sie die Antworten darauf, persönlich als interessante Entscheidungsgrundlage erachte.



Weiter wolle sie eine Antwort darauf, weshalb wesentliche Kosten - wie Stadtrat Daniel Steiner bereits erwähnt habe - nicht in die Investitionsplanung integriert worden seien. Auf Seite 33/37 des Berichts und Antrages des Präsidialamtes vom 9. Dezember 2010 werde lapidar darauf hingewiesen, dass Kosten "nicht aufgeführt", "nicht berücksichtigt" oder "nicht einbezogen" wurden. Diese Art der Darstellung erachte sie als etwas "schütter" und nicht ausreichend. Sie wolle keine Vergangenheitsbewältigung betreiben oder Schuldzuweisungen machen, aber sie wolle trotzdem etwas mehr Informationen.

Wie Stadtrat Daniel Steiner auch bereits erwähnt habe, interessiere es auch sie, warum die Hardware gekauft wird und ob es nicht Alternativen zum Kauf gäbe, zumal der Entscheid, die Hardware zu kaufen - ausgenommen die Drucker, die offenbar geleast werden sollen- damit begründet werde, dass Leasingfirmen Geld verdienen wollen. Sie erachte es als relativ nachvollziehbar, weshalb nicht die Pro Juventute oder der Hiob der Stadt Langenthal die Hardware zu Verfügung stellen könne, da es sich eben um ein Geschäft handle. In diesem Zusammenhang verlange sie Berechnungen, worin die Kostenvor- und Nachteile des Kaufs, des Leasings (inklusive oder ohne einem Service level agreement, inklusive oder ohne Wartung, interne Wartung etc.) sowie ein mögliches Outsourcing der Leistungen ausgewiesen und dargestellt seien. Sie propagiere weder ein Leasing noch ein Outsourcing, aber sie wolle wenigstens wissen, ob Alternativen bestehen und welche Überlegungen angestellt worden seien, als der Entscheid für den Kauf und für die interne Wartung gefallen sei.

Letztlich hoffe sie in Bezug auf Aarwangen, dass die Stadt Langenthal nicht noch mit juristischen Konsequenzen zu rechnen habe.

Sie wolle einen konstruktiven Ausweg bieten und stelle Antrag, **die Abstimmungsbotschaft oder wenigstens die Stadtratsakten mit Informationen über die Vor- und Nachteile interner und externer Leistungserbringung (Kauf und Wartung intern oder Leasing und Wartung extern) zu ergänzen und eine zweite Leistung durchzuführen.**

Seit dem Jahr 2005 sei bekannt, was getan werden müsste und sollte, womit es ihrer Meinung nach auf eine weitere Verspätung auch nicht mehr ankomme.

Pro futuro - nicht als Antrag, aber als explizite Bitte und in Ergänzung der Aussage von Stadtrat Daniel Steiner angemerkt, habe auch sie „die Schnauze langsam voll“ mit 5-vor-12-Geschäften oder auch mit 5-nach-12-Geschäften politisch erpresst zu werden. Allenfalls liesse sich unter dem Traktandum "Mitteilungen des Gemeinderates" künftig darauf hinweisen, dass etwas pendent oder schwierig sei und es deshalb etwas kurzfristig vorgelegt werden müsse. Mit diesem Vorgehen könnten die Stadträtinnen und Stadträte auf die Gemeinderäte zugehen und allenfalls Support leisten, anstatt von entsprechenden Traktanden einfach überrollt zu werden - was im Übrigen nicht davon abhängt, ob, oder dass alle blond oder blöd wären.

**Helena Morgenthaler:** Mit der Vorlage seien Auflagen des Kantons zu erfüllen. Es habe sich aber schon öfters als Vorteil erwiesen, mit einer Umsetzung kantonaler Vorgaben etwas abzuwarten und diese nicht gleich in vollem Umfang zu erfüllen. Die Verspätung in der Umsetzung der ict4kids-Vorlage bringe vielleicht den Vorteil mit sich, von den Erfahrungen anderer profitieren zu können.

Herrn Stadtrat Daniel Steiner weise sie darauf hin, dass er als Grossrat und somit Mitglied der gesetzgebenden kantonalen Behörde die Möglichkeit hätte, entsprechend Einfluss zu nehmen. Mit Befremden nehme sie zur Kenntnis, dass ausgerechnet die EVP (4 Stadträte, wovon 3 als Pädagogen arbeiten) die Vorlage - wie sie ebenfalls in Zusammenarbeit mit Pädagogen ausgearbeitet worden sei - nicht unterstütze, zumal im 15-Punkte-Programm der EVP betreffend die Legislatur 2009 - 2012 unter Punkt 3. stehe: *"Die EVP Langenthal setzt sich ein für schulische Projekte mit Pioniercharakter."*



Was die Verfügbarkeit von Beamern betreffe, so habe sich heute zufälligerweise folgende Situation zuge-tragen: In Aarwangen stehe der Gemeindeschreiberei, dem Zivilschutz und der Feuerwehr ein Beamer zur Verfügung. Die Feuerwehr habe den Beamer für heute Abend gebucht und ihn heute morgen auf der Gemeindeschreiberei abholen wollen. Da aber niemand wisse, wo sich das Gerät zur Zeit befinde, stehe es nun heute Abend nicht zur Verfügung, falls es nicht noch zum Vorschein gekommen sei. Sie stelle sich vor, dass sich solche und ähnliche Situationen auch in der Schule ergeben könnten, wenn mehrere Klassen ein Gerät teilen müssen. Nicht nur, dass Beamer vermutlich nicht mehr Fr. 4'000.00 kosten, auch würden diese ihrer Meinung nach heute fix installiert in ein Klassenzimmer gehören.

In diesem Sinne bitte sie um Zustimmung zur Vorlage.

**Beat Sterchi:** Die Pädagogen werden den Streit - den er lächelnd zur Kenntnis nehme - unter sich selber regeln müssen. Von seiner Seite sei ganz sicher keine Hilfe zu erwarten. Sollte das Geschäft deshalb zu Fall kommen, dann soll es halt fallen, da es seiner Meinung nicht so dringend sei, die derart unpräzisen Vorgaben der Erziehungsdirektion umzusetzen.

An der Orientierungssitzung vom 13. Januar 2011, woran die Finanz- und die Volksschulkommission gemeinsam teilgenommen habe, sei informiert worden, dass es eben in der Stadt Langenthal mit 3 oder 4 Schulzentren mehr Aufwand brauche, um ein vernünftiges und zusammenhängendes Konzept zu erarbeiten. Die Strategie - wie der Gemeinderat und die Kommissionen sie wolle - habe er eigentlich als einleuchtend und richtig empfunden, weshalb er dem Geschäft in der Finanzkommission auch zugestimmt habe und dies obwohl zugegebenermassen Fr. 3 Mio. im Investitionsplan seien, wogegen in der Vorlage nun von Fr. 5,1 Mio. die Rede sei. Fr. 1,2 Mio. seien offenbar baulich bedingt und somit irgendwo anders in der Investitionsplanung untergebracht und trotzdem bestehe noch eine Differenz.

Er nehme an, dass die Damen und Herren in der Erziehungsdirektion derart mit sich selber beschäftigt seien, dass die nicht merken, dass Langenthal die Vorgaben nicht erfüllt habe. Demgemäss erwarte er persönlich nicht die geringste Konsequenz, so dass Langenthal auch noch ein weiteres Jahr an diesem Geschäft üben könne.

Stadtrat Daniel Steiner habe präzise Fragen gestellt, die protokolliert sein sollten und die von der sogenannten "Erpresserin" (Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini) nun beantwortet werden sollen. Obwohl er grundsätzlich positiv zum Geschäft eingestellt sei, sei er der Meinung, dass derartige Bedenken nicht einfach unbeachtet im Saal stehen gelassen werden dürfen, sondern einer Antwort des Gemeinderats in schlagfertiger Form bedürfen.

Obwohl es mit dem vorliegenden Geschäft nicht in direktem Zusammenhang stehe, gefalle auch ihm nicht, dass Langenthal die Gemeinde Aarwangen warten lasse. Da auch er dieses Vorgehen als negativ erachte, reiche er heutige Abend ein Postulat ein, womit er die Überprüfung der organisatorischen und finanziellen Ausgestaltung des Informationszentrums der Stadt Langenthal verlange. Offenbar habe das Informatikzentrum "zu viel Erfolg", so dass dessen Dienstleistungen in der Region sehr gesucht seien. Das sei an sich etwas Positives, bedürfe aber einer näheren Betrachtung, ob dieser Bereich weiterhin im Gemeindebudget angeboten werden soll, oder ob diese Dienstleistungen allenfalls in einer anderen Form angeboten werden sollten.

Er bitte Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini die klaren Fragen von Stadtrat Daniel Steiner nun zu beantworten, weil diese auch für ihn wichtigen kritischen Punkte auf den Tisch gebracht und vom Gemeinderat sauber dargelegt werden müssen.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

**Daniel Steiner:** Als eine Replik auf die Angriffe der SVP - die sich nun offenbar und neuerdings als Hüterin der Schulen und der Bildung aufspiele, was sie ja nun weiss Gott nicht sei - stelle er fest, dass es pädagogische Gründe für die Beamer oder das vorliegende Programm gebe, die man unterstützen könne, da ICT ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts sei. Ausserdem kritisiere er ja auch nicht jeden, sondern gewisse ausgewählte Punkte des Programms. An dieser Stelle betone er, dass Schulqualität aus guten Lehrpersonen bestehe. Ob die a priori die besten technischen Hilfsmittel zu Verfügung haben oder nicht, sei nicht mehr so entscheidend. Guter Unterricht bestehe aus guten Lehrpersonen und werde nicht damit entschieden, ob ein Beamer an der Decke hänge, der vermutlich gar nie gebracht werde. Stadträtin Helena Morgenthaler habe aus dem Parteiprogramm der EVP den Satz: *"Die EVP Langenthal setzt sich ein für schulische Projekte mit Pioniercharakter."* zitiert. Dass sich die EVP aktiv für Projekte mit Pioniercharakter einsetze, belege beispielsweise seine im Grossen Rat eingereichte Motion, worin er Time-Out-Klassen fordere. Ein entsprechendes bereits im Oberaargau stattfindendes Beispiel werde in Kürze im Grossen Rat behandelt. Er hoffe nun, dass der Vorstoss - auch mit Hilfe der SVP - durchgebracht werden könne.

**Renato Baumgartner:** Was die von Stadtrat Daniel Steiner erwähnten Fr. 2'000.00 für Reparaturen betreffe, halte er fest, dass das Konto 140.311.10 Fr. 45'000.00 unter anderem Mobiliar, Maschinen, Geräte und Software beinhalte. Darin berücksichtigt sei sicher auch der Ersatz von oder der Kauf von neuen Computern sowie der Ersatz von oder der Kauf von neuen Beamern. Bezugnehmend auf die von Stadtrat Daniel Steiner aufgezählten Verwendungsmöglichkeiten der Fr. 5,2 Mio. stimme er zu, dass damit 1 Lektion mehr pro Woche und Schulklasse erteilt werden könnte. Auch der Hinweis, dass damit weitere 30 Schulklassen eröffnet werden könnten sei interessant, wobei sich aber die Frage stelle, wo diese Klassen denn hin platziert werden sollten. Der Bau eines Schulhauses wäre wohl nötig und würde auch wieder zu Investitionen führen.

In Bezug auf das vom Kanton verlangte Projekt zur Vernetzung der Bildung und der Kultur gelte es doch zu bedenken, dass der Kanton über etwas mehr Geld als die Stadt Langenthal verfüge, die mit den zu investierenden Fr. 5,2 Mio. die Zukunft der Schüler sichern wolle, um deren Umgang mit Informatik im Berufs- oder Studienleben zu verbessern. Langenthal wolle die Schulen nicht von der Vergangenheit in die Zukunft, sondern in die Gegenwart katapultieren, weil es sich beim vorliegenden Geschäft - wie bereits mehrmals erwähnt worden sei - um kein Luxusprojekt handle. Stadträtin Helena Morgenthaler habe mit ihrem Beispiel (Beamer für 3 Organisationen) den Bedarf ja entsprechend veranschaulicht.

**Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini:** Sie habe die Voten, die Bedenken und die Fragen gehört. Asche auf ihr Haupt streuend, müsse sie zugeben, dass die ihr für die Projektaufgleisung zur Verfügung gestandenen Kapazitäten nicht ausgereicht haben. Viele Leute haben am vorliegenden sowie an vielen parallel laufenden Projekten (Beispiel: Schaffung Bildungsamt) gearbeitet. Zur Schaffung des Bildungsamtes habe Stadtrat Daniel Steiner mit seiner Motion massgebend beigetragen. Die Einrichtung und Aufgleisung des Bildungsamtes habe Ressourcen gekostet. Auch die Einführung der Tagesstrukturen habe Ressourcen geschluckt. Weiter koste auch das laufende Projekt der Schulraumplanung Ressourcen. Diese sowie das nun vorliegende ict-Projekt seien von langer Hand vorzubereitende und parallel laufende Projekte. Der Umfang des ict4kids-Projekts sei zu Beginn der Projektarbeiten unterschätzt worden, weshalb der Beizug einer externen Projektbegleitung wohl wirklich etwas spät erfolgt sei.

Sie sehe sich nicht in der Lage, alle von Stadtrat Daniel Steiner gestellten Fragen im Detail zu beantworten und gebe die Fragen ihrerseits an die anwesenden Experten in der Hoffnung weiter, dass diese alle Fragen notiert haben und Stellung dazu beziehen können. Da von Seite der Experten aber offenbar keine Antworten gegeben werden könne, falle ihre Stellungnahme entsprechend ihrer Erinnerung aus.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

**Beat Sterchi:** Da er - wie wahrscheinlich andere Anwesenden auch - bereits einen arbeitsreichen Tag hinter sich habe, sei er nicht bereit eine halbe Stunde zu warten bis die gemeinderätliche Antwort auf die Fragen von Stadtrat Daniel Steiner erfolgen könne. **Er stelle den Ordnungsantrag, das Geschäft an dieser Stelle abzurechnen und dieses inklusive einer schriftlichen Beantwortung der entsprechend protokollierten Fragen an einer der nächsten Stadtratssitzungen wieder zu bringen.** Mit diesem Vorgehen würden sich die aus dem Stegreif kaum zu beantwortenden Fragen sauber und seriös klären lassen.

**Stadtratspräsident Roland Christen** erteilt Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini das Wort.

**Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini** weist den Stadtratspräsidenten auf den Antrag von Stadtrat Beat Sterchi hin, über den es ihrer Meinung nach vorgängig abzustimmen gelte.

**stv. Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder** stellt fest, dass mit der Worterteilung an Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini der Gemeinderat die Möglichkeit hätte, eine Stellungnahme abzugeben, in wie fern sich der Antrag verzögernd auf das Geschäft im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 14./15. Mai 2011 auswirke.

**Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini:** Wenn die Behandlung der Vorlage an der Sitzung vom 28. März 2011 erfolgen kann, sollte es ihrer Meinung nach keine Verzögerung im Hinblick auf die Volksabstimmung am 14./15. Mai 2011 geben.

Es liege nun am Stadtrat zu entscheiden ob genügend Informationen vorliegen oder nicht, und dementsprechend den Antrag von Stadtrat Beat Sterchi anzunehmen oder abzulehnen.

**Stadtratspräsident Thomas Rufener:** Ohne auf den Inhalt der Vorlage, die ihn nicht unmittelbar betreffe, eingreifen zu wollen, mache er den Stadtrat auf den Umstand aufmerksam, dass eine Abstimmung zur Vorlage an der ordentlichen Volksabstimmung vom 14./15. Mai 2011 nicht mehr möglich sein werde, wenn das Geschäft heute vertagt werde; auch wenn nur die Botschaft in eine zweite Lesung gebracht würde, da damit die Fristen, die zur Einladung einer Volksabstimmung eingehalten werden müssen, nicht eingehalten werden könnten.

**Beatrice Lüthi:** Obwohl sie eigentlich der Meinung gewesen sei, eine zweite Lesung durchzuführen, schliesse sie sich dem Antrag von Stadtrat Beat Sterchi, die Beratung hier und jetzt abzurechnen, natürlich voll an. Allerdings merke sie an, dass wenn eine nächste Sitzung einberaumt würde, worin die Fragen von Stadtrat Daniel Steiner beantwortet würden, auch die Fragen der FDP/jll-Fraktion zu beantworten wären.

In diesem Sinne und **unter dem Vorbehalt, dass dem Antrag von Stadtrat Beat Sterchi zugestimmt werde, ziehe sie ihren Antrag** (die Abstimmungsbotschaft oder wenigstens die Stadtratsakten mit Informationen über die Vor- und Nachteile interner und externer Leistungserbringung (Kauf und Wartung intern oder Leasing und Wartung extern) zu ergänzen und eine zweite Lesung durchzuführen) **zurück.**

**Patrick Freudiger:** Am heutigen Abend seien gewichtige und Ernst zu nehmende Bedenken geäussert worden. Er sei mit einer positiven Haltung zur ict4kids-Vorlage an die Sitzung gekommen. Aufgrund der aufgeworfenen aber unbeantwortet gebliebenen Fragen, spüre er nun auch eine gewisse Unklarheit, wie man dem Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi gegenüberstehen wolle. Er **stelle deshalb den Ordnungsantrag für ein Time-Out von 5 bis 10 Minuten**, um über die Anträge in den Fraktionen beraten zu können.

**Stadtratspräsident Roland Christen** bittet um Abgabe der Stimme zum Ordnungsantrag von Stadtrat Patrick Freuder (Time-Out):

■ **Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag von Stadtrat Patrick Freudiger (Time-Out) mit 18 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen) zu.**

**Stadtratspräsident Roland Christen** unterbricht die Sitzung um 20.37 Uhr für ein Time-Out von 10 Minuten.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

**Stadratspräsident Roland Christen** erklärt das Time-Out um 20.49 Uhr als beendet und bittet allfällige Voten zum Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi nun vorzubringen.

**Beat Sterchi:** Nachdem er von erfahrenen Parlamentariern aus dem Publikum auf das Vorgehen in Bezug auf Ordnungsanträge angesprochen worden sei, bitte er das Stadtratsbüro die Geschäftsordnung des Stadtrates zu konsultieren und nachzuschlagen, ob über Ordnungsanträge nicht ohne Diskussion und direkt abgestimmt werden müsste.

**stv. Stadtschreiber Mirjam Tschumi Walder:** Über Ordnungsanträge sei vor allen anderen Anträgen abzustimmen, was nicht heisse, dass zu den Ordnungsanträge keine Diskussion zugelassen sei.

**Armin Flükiger** bittet um Beantwortung der Frage, ob die Möglichkeit bestehe auf vorgängig in der Beratung gestellte Fragen noch antworten zu können, bevor der Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi zur Abstimmung komme.

**Stadratspräsident Roland Christen** verneint die Frage von Stadtrat Armin Flükiger und bittet um Abgabe der Stimme zum Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi (die Beratung des Geschäfts an dieser Stelle abzubrechen und diese an einer der nächsten Stadtratssitzungen fortzuführen.):

- **Der Stadtrat stimmt dem Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi (Unterbrechung) mit 18 Stimmen Ja gegen 14 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen) zu.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 2. Liegenschaft Feuerwehrmagazin/Truppenunterkunft (Südstrasse 6); Erweiterung:

- **Neubau Fahrzeughalle für Feuerwehrfahrzeuge; Ersatz von Parkplätzen; Rückbau des Zweifamilienhauses mit Nebengebäude (Liegenschaft Herzogstrasse 10d/f); Erstellung eines Park- und Ausbildungsplatzes für die Truppenunterkunft**
- **Überführung der Liegenschaft Herzogstrasse 10 d/f vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen**

### I Eintretensfrage:

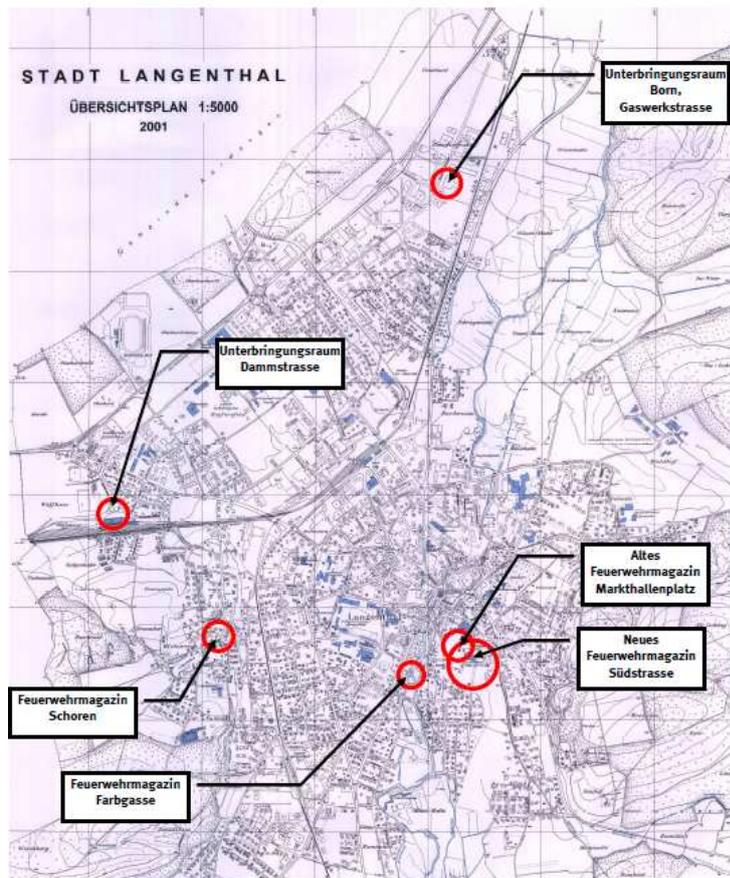
Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Rolf Baer:** Unter den Gästen befinde sich der Kommandant des Feuerwehrstützpunktes Langenthal, Herr Peter Sigrist, den er herzlich begrüsse.

Es sei eindrücklich zu sehen gewesen, als am Montag 28. Januar 2011 (vor der Stadtratssitzung) der Feuerwehr Langenthal vom Kanton das neue ABC-Fahrzeug übergeben worden sei. Inklusiv Spezialausrüstung und Anhänger, sei gut über eine Million Franken auf dem Platz vor der Truppenunterkunft gestanden. Auch der Kanton Bern sei also bestrebt, den Sonderstützpunkt Langenthal massiv weiter zu verstärken. Langenthal gelte seit dem 1. Januar 2011 neben Bern, Biel und Thun ebenfalls als Sonderstützpunkt, erfülle also nicht nur Gemeinde-, sondern vermehrt Kantonsaufgaben. Die oben erwähnten Werte, seien dementsprechend untermzubringen.

### Standorte Feuerwehr-Material in Langenthal



Weitere Magazine: Löschzug Steckholz (in Untersteckholz)  
Löschzug Bleienbach (voraussichtlich ab 1.1.2012)

Für die Erarbeitung des vorliegenden Geschäfts danke er im Namen des Gemeinderates allen Projektverantwortlichen (AföS, Feuerwehr, Architektur, Stadtbauamt, Präsidialamt). Die beantragte Lösung erfülle die Platzbedürfnisse des Feuerwehrstützpunktes Langenthal auf lange Sicht, sie gebe aber der Stadt ebenfalls die Möglichkeit, die Truppenunterkunft bei Bedarf auszubauen. Die Bau- und Planungs- und die Finanzkommission unterstützen das Geschäft ebenfalls einstimmig.

Das vor über 24 Jahren neu erstellte Feuerwehrmagazin an der Südstrasse platze aus allen Nähten. Der mobile Grossventilator, das neue Mehrzweckfahrzeug usw. zwangen dazu, vermehrt Material, als provisorische Massnahme, auszulagern. Auf dem aufgelegten Situationsplan sei ersichtlich, wo überall Feuerwehrmaterial eingelagert sei oder wo diverse Fahrzeuge stehen. Das Ziel müsse sein, auf lange Sicht genügend Platz zu schaffen, so dass die Feuerwehreinsätze (örtliche und regionale Einsätze) zentral ab dem Feuerwehrmagazin Langenthal erfolgen können. Die Zeitvorgaben für die Einsätze seien einzuhalten.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

Einzig der Löschzug Steckholz verfüge weiter über sein Magazin; allenfalls auch der Löschzug Bleienbach, wenn am 1. Januar 2012 die Feuerwehr Bleienbach Langenthal angeschlossen würde. Alle anderen Räumlichkeiten werden nicht mehr benötigt und die Mietverträge können gekündigt werden.

Weiter habe der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 4. August 2010 vom baulich schlechten Zustand des Zweifamilienhauses auf der Parzelle Nr. 2753, Herzogstrasse 10d Kenntnis genommen. Da das vorliegende Projekt für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe bestimmt sei, sei die erwähnte Liegenschaft vom Finanzins Verwaltungsvermögen zu überführen. Weiter sei sie zu Gunsten des vorliegenden Projektes zurückzubauen.

Der geplante eingeschossige Anbau bestehe aus einer massiven Aussenwandkonstruktion mit Aussenisolation (Minergie-Standard) sowie einer rückbaufähigen Pultdachkonstruktion in Stahl. Dadurch sei eine allfällige spätere Aufstockung problemlos möglich.

Die Kosten für den Anbau der Fahrzeughalle und der Ersatz der Parkplätze belaufen sich auf Fr. 682'000.00. Der Rückbau des Zweifamilienhauses und die Erstellung des Park- und Ausbildungsplatzes kosten Fr. 175'000.00. Er weise darauf hin, dass die Finanzierung der Feuerwehr über die Ersatzabgabe und die jährlichen Betriebsbeiträge der GVB erfolgen. Diese Erträge seien zweckgebunden zu verwenden und die Rechnung werde als Spezialfinanzierung geführt.

Zusammenfassend halte er fest:

- Der zusätzliche Raumbedarf des Sonderstützpunkts Langenthal sei klar ausgewiesen.
- Die vorliegende Lösung (Anbau, Standort) erfülle die Platzbedürfnisse des Feuerwehrstützpunktes Langenthal auf lange Sicht und erlaube eine allfällige Aufstockung der Truppenunterkunft.
- Sämtliche Einsätze sollen zentral ab dem Feuerwehrmagazin Langenthal (Ausnahme Magazin Steckholz) durchgeführt werden können.
- Die Einsatzzeiten seien sicher zu stellen.
- Die durch den Bau wegfallenden Parkplätze für die Feuerwehr seien auf der gegenüberliegenden Seite des Magazins zu kompensieren.
- Das baufällige Zweifamilienhaus sei zurückzubauen. Auf der Parzelle werde ein Park- und Ausbildungsplatz für die Truppenunterkunft erstellt.
- Die geplanten Veränderungen entsprechen ebenfalls dem Nutzungskonzept für das Markthallenareal.
- Die Liegenschaft Herzogstrasse 10d werde vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen überführt.

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Zustimmung zum vorliegenden Geschäft und zum Beschlussesentwurf.

**Urs Zurlinden, GPK-Präsident:** Die Geschäftsprüfungskommission habe auch zu diesem Geschäft Fragen gestellt und Antworten erhalten, die über die formelle Prüfung hinausgehen würden.

Die Geschäftsprüfungskommission habe gefragt,

- wieso ausgerechnet die Stettler Architektur den Auftrag erhalten habe, bzw. wieso keine Ausschreibung und kein Wettbewerb stattgefunden habe?
- wieso die eingesparten Mietkosten für die jetzt dezentral eingelagerten Materialien und Fahrzeuge nach der Fertigstellung des Neubaus nirgends ausgewiesen seien?
- wieso das alte Armeedepot an der Bleienbachstrasse nicht mehr für die Feuerwehr genutzt werden soll?
- ob das Zweifamilienhaus wirklich zwingend bereits jetzt abgebrochen werden muss, da auf dem ganzen Markthallenareal doch genug Parkplätze und Übungsraum für die Truppenunterkunft bestehe.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

All diese Fragen seien zufriedenstellend beantwortet worden und formell habe die Geschäftsprüfungskommission an diesem Geschäft eh nichts zu beanstanden.

**Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion unterstütze die Erweiterung des Feuerwehrmagazins einstimmig.

Die Standortfrage sei evaluiert worden. Arealintern seien Varianten geprüft worden, so dass das Entwicklungspotential des Markthallenareals nicht unnötig eingeschränkt werde. Die FDP/jll-Fraktion befürworte die Stärkung des Standortes für Orts- und Stützpunkteinsätze und die Zusammenlegung der Magazine genauso wie die Option einer späteren Aufstockung sowie die bis anhin noch nicht erwähnte Option, auch an der Seite (Markthallenplatz) Tore einbauen zu können, um die Flexibilität später einmal erhöhen zu können. Die FDP/jll-Fraktion sei sich aber auch bewusst, dass die Vorlage keine Luxuslösung darstelle, da sie das Platzproblem nur im Moment löse und vom Ansatz her kein weiteres Erweiterungspotential beinhalte.

**Patrick Freudiger, SVP-Fraktion:** Im vorangegangenen Traktandum sei die Rede vom Bildungsstandort gewesen, wogegen es beim vorliegenden Traktandum nun um den Sicherheitsstandort Langenthal gehe. Dass der Stadtrat über das vorliegende Traktandum am heutigen Abend abstimmen könne, sei letztlich ein gutes Zeichen, weil es zeige, dass die Feuerwehr Langenthal gefragt sei. Tatsächlich werden der Feuerwehr Langenthal vom Kanton immer mehr Aufgaben überbürdet und überantwortet. Wer mehr Aufgaben ausführe, brauche eben auch mehr Gerätschaften, Fahrzeuge und Utensilien.

Vor diesem Hintergrund dürfe auch einmal löblich angemerkt werden, dass Langenthal einer von vier zentralen Feuerwehrstandorten im Kanton Bern, gegenüber den anderen Standorten den riesigen Aufgabenbereich welcher von der Chemiewehr über die Strassen- und Unfallrettung bis hin zu eigentlichen Feuerwehraufgaben gehe, noch immer im Milizsystem bewältige.

Bei Betrachtung des vorliegenden Geschäfts könne festgestellt werden, dass alles in allem eine platzsparende - keine zu kleine und den Bedürfnissen entsprechende - Variante gewählt worden sei. Im Bedarfsfall sei sogar die Möglichkeit einer Aufstockung berücksichtigt worden.

Die SVP-Fraktion sage deshalb Ja zum Bau des neuen Gebäudes. Die SVP-Fraktion sage im Weiteren auch Ja zum Rückbau der bestehenden Liegenschaft an der Herzogstrasse. Dass dies zu Kündigungen an den Mietparteien geführt habe, sei bedauerlich. Vor diesem Hintergrund müsse aber gesehen werden, dass der Sanierungsaufwand für die Renovation dieser doch baufälligen Liegenschaft unverhältnismässig wäre. An dieser Stelle sei auch in Erinnerung gerufen, dass die zurückzubauende Liegenschaft nicht zum Verwaltungs- sondern zum Finanzvermögen gehöre, womit die Stadt Langenthal keine unmittelbar öffentliche Aufgabe wahrnehme und somit auch keine eigentliche öffentliche Aufgabe vernachlässige.

Der SVP-Fraktion sei klar, dass eine starke Feuerwehr entsprechende Räumlichkeiten brauche, weshalb sie das vorliegende Geschäft unterstütze.

**Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion:** Unter der Anmerkung von zwei Punkten, schliesse er sich namens der EVP/glp-Fraktion den Vorrednern an:

- Die EVP/glp-Fraktion habe positiv zur Kenntnis genommen, dass bei der Erweiterung auch die spätere Vergrösserung der Truppenunterkunft geprüft worden sei. Dabei sei richtigerweise gesagt worden, dass auf die Realisierung der Erweiterung momentan verzichtet werde, da keine Belegungszusage der Armee vorliege.
- Mit dem Abbruch des Zweifamilienhauses an der Herzogstrasse werden sich bessere Platzverhältnisse ergeben. Die EVP/glp-Fraktion sehe auch dieses Vorgehen positiv und sei überzeugt, dass damit bessere Synergien genutzt werden können, die letztendlich in Zukunft das ganze Projekt unterstützen.

Die EVP/glp-Fraktion stimme dem Geschäft zu und akzeptiere alle Anträge einstimmig.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

**Lurata Reçi-Dauti, SP/GL-Fraktion:** Die wichtigsten Punkte seien von den Vorrednern bereits erwähnt worden. Die SP/GL-Fraktion werde dem Geschäft mehrheitlich zustimmen. Die SP/GL-Fraktion hätte es allerdings als sinnvoll erachtet und begrüsst, wenn bei der Planung eine Unterkellerung vorgesehen worden wäre. Ansonsten teile auch die SP/GL-Fraktion die Meinung, dass Handlungsbedarf in Bezug auf den bestehenden Platzmangel bestehe und demgemäss nicht länger abgewartet werden soll, oder das Vorhaben allenfalls mit einem Gesamtprojekt verzögert werden dürfe.

**Samuel Köhli:** Persönlich bedaure er sehr, dass das geplante Magazin nicht unterkellert werden soll. An solch prominenter Lage auf eine Unterkellerung zu verzichten, sei seiner Ansicht nach Ressourcenverschwendung. Es werde wieder eine Chance verpasst, dringend notwendigen Raum zu einem erschwinglichen Preis zu schaffen, wie dies bei den Turnhallen 3 und 4 im Kreuzfeld auch schon passiert sei. Noch vor vier Jahren sei grosszügig auf einen Dachausbau verzichtet worden, wogegen heute in allen Ecken und an allen Orten versucht werde Spezialräume für schulische Zwecke unterzubringen.

Der Einbau des Stadtarchivs im Untergeschoss des Magazins wäre ein mögliches Nutzungsbeispiel. Seiner Ansicht nach gebe es für ein Stadtarchiv keinen besseren und sichereren Ort, zumal der Bau eines solchen Raumes einfacher unterirdisch als oberirdisch zu realisieren sei (klimatische Bedingungen). Im Stadtrat werde vermutlich schon bald über die Stadt- und Kulturgüterarchive gesprochen. Stadtrat Urs Zurlinden habe diesbezüglich bereits einen Vorstoss eingereicht. Spätestens dann werde festgestellt werden müssen, dass ein Keller unter dem Feuerwehrmagazin wohl eine günstige Lösung gewesen wäre.

Aus diesen Gründen stimme er der Vorlage nicht zu, wobei er aber nicht gegen das Feuerwehrmagazin an sich, sondern gegen die nicht mehr korrigierbare Ressourcenverschwendung (günstiger Raum an bester Lage von insgesamt 293 m<sup>2</sup>) stimme.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:**

1. **Das Projekt zur Erweiterung der Liegenschaft Feuerwehrmagazin/Truppenunterkunft (Südstrasse 6), umfassend Neubau Fahrzeughalle, Ersatz von Parkplätzen, Rückbau des Zweifamilienhauses Herzogstrasse 10d/f und Erstellung eines Park- und Ausbildungsplatzes, wird genehmigt.**
2. **Der für die Umsetzung erforderliche Ausführungskredit von total Fr. 857'000.00 (inkl. MWST) (umfassend Fr. 682'000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 440.503.02 "Neubau Fahrzeughalle" sowie Fr. 175'000.00 zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 307.503.02 "Rückbau Liegenschaft Herzogstrasse 10 d/f und Erstellung eines Park- und Ausbildungsplatzes für die Truppenunterkunft") wird bewilligt.**
3. **Die Überführung der Liegenschaft Herzogstrasse 10 d/f vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen wird genehmigt, und der erforderliche Kredit im Betrage von Fr. 233'353.00 wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 307.503.02 "Rückbau Liegenschaft Herzogstrasse 10 d/f und Erstellung eines Park- und Ausbildungsplatzes für die Truppenunterkunft" bewilligt. Die Gutschrift erfolgt zu Gunsten der Bestandesrechnung (Finanzvermögen) Konto Nr. 1023.041 "Parz. 2753 Herzogstr. 10d/f, 505.59 m<sup>2</sup>, Amtlicher Wert Fr. 269'400.00".**
4. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



### 3. Stadion Hard; Sanierung der Wärmeerzeugungs- und Lüftungsanlage im Betriebsgebäude; Projektgenehmigung und Bewilligung eines Investitionskredits

#### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

#### II Detailberatung:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Im Namen des Gemeinderates lege er die Beweggründe dar, die zum vorliegenden Geschäft geführt haben: Im Jahr 2012 sei es 30 Jahre her, seit die erste Etappe der Sportanlagen Hard eingeweiht worden sei. 1998 sei noch ein Ergänzungsanbau mit einem Kraftraum erstellt worden. Damals sei eine Wärmeerzeugungsanlage installiert worden, die in der Zwischenzeit diverse Male repariert worden sei und teilweise habe ersetzt werden müssen. Die Anlage entspreche den aktuellen, heute gültigen Emissionswerten der Luftreinhalteverordnung nicht mehr. Ein Ersatz sei bis im November 2012 vorzunehmen. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat eine entsprechende Projektierung in Auftrag gegeben und das Projekt in den Investitionsplan mit einem Betrag von Fr. 310'000.00 aufgenommen.

Drei Sanierungsvarianten seien ausgearbeitet und vorgeschlagen worden.

Variante 1: Beibehaltung des Gaskessels, wie er heute sei. Kosten Fr. 306'000.00

Variante 2: Gaskessel ergänzt mit einer Wärmepumpe (Luft/Wasser). Investitionsbetrag Fr. 371'000.00

Variante 3: Gaskessel ergänzt mit Solarkollektoren. Investitionsbedarf Fr. 418'000.00

Es gebe bekanntlich auch andere grundsätzliche Möglichkeiten, wie Wärme erzeugt werden könne (beispielsweise: Heizöl, Einsatz von Holz, Holzpellets oder Wärmepumpe [Wasser/Wasser]). Heizöl sei von Anbeginn an verworfen worden, weil grundsätzlich nicht mehr in diese Technik investiert werden soll, wenn eine Erschliessung mit Gas bestehe und sich zudem kein Öltank an diesem Standort befinde. Holzpellets seien wegen unverhältnismässiger Investitionskosten nicht weiterverfolgt worden und der Einsatz einer Wärmepumpe (Wasser/Wasser) sei in der Grundwasserschutzzone nicht möglich, weil die Nutzung des Grundwassers an dieser Stelle nicht zulässig sei.

Der Gemeinderat habe auf Antrag der Bau- und Planungskommission und der Umweltschutz- und Energiekommission die Variante 1 zur Ausführung empfohlen. Trotzdem, dass Langenthal eine Energiestadt sei und in der Prüfung auch alternative Möglichkeiten einbezogen worden seien, basiere das vorliegende Projekt aus Gründen der Verhältnismässigkeit und der ausgewiesenen Kosten auf der Variante, wie sie schon heute angewendet werde (Basis Gas).

Im Zuge der Planungsarbeiten habe sich gezeigt, dass auch die Lüftungsanlage ersetzt werden müsse bzw. dass in die alte Anlage keine weiteren Investitionen getätigt werden sollen. Mit diesem Schritt könne eine Optimierung der Wärmerückgewinnung erreicht und die Wirksamkeit der Lüftung erhöht werden, auch unter Berücksichtigung des zusätzlichen Einbezugs des in den letzten Jahren sanierten Duschenraums im Kraftraum. Auf dieser Ausgangslage basiere der heutige Antrag für das Projekt Sanierung der Wärmeerzeugungs- und der Lüftungsanlage im Betriebsgebäude Hard.

Eingangs habe er Fr. 310'000.00 erwähnt. Das vorliegende Projekt bedürfe Fr. 65'000.00 mehr als im Investitionsplan eingestellt sei, was in etwa dem Zusatzaufwand für den Ersatz der Lüftungsanlage entspreche. Die Finanzierung erfolge durch eigene Mittel. Die Mehrinvestitionen seien im Sinne der rollenden Planung im nächsten Investitionsplan zu berücksichtigen.

Im Namen des Gemeinderates rufe er den Stadtrat auf, die sinnvolle Investition zu genehmigen und zwar inklusive der Lüftungsanlage, auch wenn dies zu Beginn der Planung noch nicht erwartet worden sei. Da die Lüftungsanlage ohnehin nicht mehr repariert werden sollte, mache es Sinn diese im gleichen Zug zu ersetzen. Die durch diese Situation entstehenden Mehrkosten gegenüber der Investitionsplanung seien vertretbar.



**Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion:** Die SP/GL-Fraktion habe nicht lange über den Heizungsersatz diskutiert. Der Gemeinderat habe drei Varianten ausführlich geprüft und sich für den günstigsten Ersatz (Gasheizung) entschieden, was im vorliegenden Fall auch Sinn mache.

Persönlich möchte sie den Stadträtinnen und Stadträten aber wieder einmal in Erinnerung rufen, dass Erdgas ein fossiler Energieträger sei, dessen Vorräte wie die des Erdöls irgendwann zu Ende gehen werden (30 bis 50 Jahre). Wenn also die Heizung das nächste Mal ersetzt werden müsse, werde das Erdgas wahrscheinlich schon um einiges knapper und dementsprechend teurer sein. Auch wenn in der Werbung von sauberem Erdgas gesprochen werde, sei es doch keineswegs CO<sub>2</sub>-neutral. Aus diesem Grund wünsche sie sich, dass der Gemeinderat beim nächsten Heizungsersatz nicht nur erneuerbare Energievarianten prüfe, sondern auch einmal den Mut aufbringe, eine solche Variante umzusetzen.

Die Vorlage werde von der SP/GL-Fraktion mehrheitlich unterstützt, weil der Ersatz einer Gasheizung im Stadion Hard - mit seinem relativ geringen Heizungsbedarf und unregelmässigem Warmwasserverbrauch - durchaus Sinn mache. Eine kleine Gruppe der SP/GL-Fraktion werde sich der Stimme enthalten.

**Christoph Stäger, EVP/glp-Fraktion:** Die EVP/glp-Fraktion unterstütze das vorliegende Projekt zur Sanierung der Wärmeerzeugungs- und Lüftungsanlage. Natürlich wäre der Einsatz von erneuerbarer Energietechnik wünschenswert. Unter den gegebenen Umständen sei die Wahl für die Gasvariante aber nachvollziehbar. Von den möglichen Alternativen stelle diese Variante das beste Verhältnis zwischen Kosten und Nutzen und Umweltverträglichkeit dar. In diesem Sinne werde diese Vorlage von der EVP/glp-Fraktion einstimmig unterstützt.

**Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion:** Die neue Technik im Bereich Gas sei heute bestimmt besser im Verbrauch und belaste dadurch die Umwelt auch weniger. Die SVP-Fraktion finde es gut, dass die Lüftungsanlage auch gleich saniert werde, weil diese mit der Wärmerückgewinnung für eine künftige Verminderung des Gasverbrauchs Sorge, was ein wichtiger Punkt sei. Die Investitionen von Fr. 375'00.00 zur Sanierung seien unbedingt zu bewilligen.

Die Sportler, die Jugendlichen und die Erwachsenen, die sich in diesem Stadion aufhalten, werden dankbar sein, sich nach einem guten und harten Training einigermaßen warm duschen zu können und WC-Anlagen und Garderoben benutzen zu können, die angenehm riechen.

Die SVP-Fraktion werde dem Antrag einstimmig zustimmen.

**Florinda Wallkamm-Mauricio, FDP/jll-Fraktion:** Auch die FDP/jll-Fraktion hätte sich im Prinzip eine umweltfreundlichere Variante gewünscht. Die Sanierung der Wärmeerzeugungs- und Lüftungsanlage sei aber weder Wunschbedarf noch "nice to have", sondern müsse vorgenommen werden. Die FDP/jll-Fraktion werde dem Geschäft zustimmen.

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** In Bezug auf die Mehrfacherwähnung, dass der Gemeinderat endlich einmal den Mut aufbringen sollte und Alternativmethoden einsetzen sollte, stelle er fest, dass der Gemeinderat dies natürlich auch mache. Er erinnere an eine der letzten Sanierungen: Im Alterszentrum Haslibrunnen sei eine ergänzte Lösung (Gas/Sonnenkollektoren) eingesetzt worden.

Aber wenn schon eine Prüfung vorgenommen werde, dann müsse auch der Mut zusammengenommen werden, dort, wo es eben nicht so sinnvoll sei - und dem Gemeinderat zudem auch von der Umweltschutz- und Energiekommission ein ablehnender Entscheid vorliege - sich gegen Alternativmethoden zu entscheiden.



### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 5 Enthaltungen):**

- 1. Das Projekt betreffend die Sanierung der Wärmeerzeugungs- und Lüftungsanlage im Betriebsgebäude Stadion Hard wird genehmigt.**
- 2. Der für das Projekt erforderlich Ausführungskredit in der Höhe von total Fr. 375'000.00 (inkl. MWSt) wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 603.503.35 "Ausführung Sanierung Wärmeerzeugungs- und Lüftungsanlage im Stadion Hard" bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 4. Liegenschaft Alte Mühle Langenthal; Finanzierung von Brandschutzmassnahmen; Gewährung einer Schenkung

### I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

### II Detailberatung:

**Gemeinderat Jürg Häusler:** Die Alte Mühle sei ein stattliches Gebäude aus dem 16. Jahrhundert und stehe unter Denkmalschutz. Anfangs der 90er-Jahre sei die Alte Mühle mit viel Liebe zum Detail renoviert worden. Die Umgebung mit dem Bauernhof und dem Park schaffe einen gemütlichen Rahmen für allerlei Klientele bis weit über die Stadtgrenzen hinaus. Ein grosszügiges Parkplatzangebot in unmittelbarer Nähe und die zentrale Lage zum Stadtzentrum runde das attraktive Lokal ab.

Die Kehrseite der Medaille bestehe nun aber darin, dass ein solch ehrwürdiges Haus im Bereich der feuerpolizeilichen Inspektionen vertieft unter die Lupe genommen werde. Die Inspektion habe im Jahre 2007 umfangreiche Verbesserungsmassnahmen verlangt, die mit einer Ausnahme von der Stiftung Alte Mühle haben erfüllt werden können. Bei dieser Ausnahme handle es sich um das Treppenhaus im Zwischenbau, das als ein eigenständiger Brandabschnitt mit baulichen Massnahmen (Einbau von Glaselementen pro Stockwerk und technische Einrichtungen: mechanische Entrauchungsanlage für den Brandfalls) ausgerüstet werden soll. Bei diesen Massnahmen handle es sich um so genannte vorbeugende Massnahmen, was heisse, dass zuerst gesichert und erst nachher versichert werde.

Obschon seit dem April 2004 grundsätzlich ein erfolgreiches Betriebs- und Nutzungskonzept angewendet werde, welches der Stiftung Mühle erlaube, Rückstellungen für künftige bauliche Unterhaltsarbeiten vorzunehmen, reiche die wirtschaftliche Kraft nicht aus, auch unvorhergesehene und grössere Investitionen zu finanzieren.

In der Stiftungsurkunde sei erwähnt, dass die Stiftung die Erhaltung und Nutzung der Alten Mühle im Interesse der Öffentlichkeit bezwecke. In den vergangenen Jahren habe die Gratisnutzung berechtigter Kreise (Vereine mit Sitz in Langenthal, Institutionen, Schulen etc.) stetig zugenommen. In der Abstimmung im Jahre 1992 sei ein Drittel der Nutzung für Gratisnutzungen versprochen worden, welcher nun aber überschritten werde, was klar zeige, dass die Stiftung einen öffentlichen Zweck abdecke. Logischerweise werde dadurch das Vermietungspotential reduziert.

Trotz mehrmaligen Verhandlungen zwischen Vertretern der Stiftung und Vertretern der kantonalen Denkmalpflege und obschon es sich um einen Objektschutz handle, habe keine finanzielle Beteiligung an den geforderten Massnahmen erreicht werden können.

Die Finanzkommission habe das Geschäft geprüft, beurteilt und der Gewährung eines Investitionskredites in der Höhe von Fr. 450'000.00 vorbehaltlos zugestimmt. Anfang des Jahres sei das Geschäft auch im Gemeinderat behandelt und einstimmig zu Händen des Stadtrates verabschiedet worden.

**Markus Gfeller, FDP/jll-Fraktion:** Die FDP/jll-Fraktion stehe hinter diesem Geschäft. Selbstverständliche gehöre dieses Haus einem eigenen Rechtsträger (Stiftung Mühle) und nicht der Stadt Langenthal selber, was Herr Gemeinderat Jürg Häusler eigentlich ausführlich dargelegt habe, womit den meisten Anwesenden klar sein sollte, dass es dieser Stiftung nicht möglich sei, so kostendeckend zu arbeiten, um so grosse Investitionen selber tätigen zu können.

Weil das Geschäft unbestritten sei, beschränke er seine Ausführungen auf Punkte, die nur am Rande mit der Vorlage zu tun haben:



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

- Einerseits stehe in Ziffer 6 (Bericht und Antrag des Finanzamtes vom 18. November 2010), dass noch ein Darlehen aus dem Jahre 1992 mit rund Fr. 5,7 Mio. bestehe. Dieses Darlehen habe bis heute weder verzinst noch amortisiert werden können. Trotzdem habe die Stiftung nur Rückstellungen von Fr. 30'000.00 bis Fr. 50'000.00 pro Jahr machen können, um solche Sanierungen zu realisieren. Bei Betrachtung dieser vergangenen 20 Jahre, in denen kein Zins und keine Amortisationen geleistet worden seien, müssten bei Gelegenheit doch Überlegungen in Bezug auf die Darlehensbestimmungen - mindestens bezüglich der Verzinsung - angestellt werden.
- Gemäss Vorlage sei vorgesehen, die Schenkung von Fr. 450'000.00 nicht sofort, sondern nach HRM abzuschreiben. Die FDP/jll-Fraktion könne sich diesem Vorgehen grundsätzlich anschliessen. Sollte sich aber eine Möglichkeit ergeben, Zusatzabschreibungen machen zu können, sehe die FDP/jll-Fraktion diesen Weg als gegeben.
- Eine weitere Variante würde darin bestehen, nicht auszubauen, sondern höhere Versicherungsprämien zu bezahlen, was von einem Privaten wahrscheinlich so gemacht würde, wenn er das Geld für den Umbau nicht zusammenbringen könnte. Die FDP/jll-Fraktion denke aber, dass dies für den vorliegenden Fall keine Option sein könne, weil ein Haus mit dieser grossen öffentlichen Nutzung, klare Auflagen der Gebäudeversicherung wahrscheinlich nicht einfach ignorieren könne und eine Umsetzung anstreben müsse.

**Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion:** Im Grossen und Ganzen könne er sich namens der SP/GL-Fraktion dem Vorredner anschliessen, weise jedoch auf Folgendes hin:

- Bei Betrachtung der Bilanz lassen sich zwei Posten (Immobilien und Darlehen) sowie die Rückstellungen feststellen, ansonsten sei die Bilanz bis auf etwas flüssige Mittel leer. In der Erfolgsrechnung lasse sich feststellen, dass die Mietzinseinnahmen rückläufig seien, was angesichts des rege genutzten Gratisnutzungsangebots klar sei. Ihm persönlich sei versichert worden, dass damit die Auslastung nicht zurückgegangen sei. Es handle sich dabei wirklich um die Veränderung von bezahlter Nutzung in Gratisnutzung. Die Auslastung sei somit sehr gut.
- Die Stadt Langenthal beteilige sich schon seit Jahren mit jährlich Fr. 80'000.00 (Fr. 30'000.00 ans Tageszentrum; Fr. 50'000.00 an Personalaufwand).
- Eine grosse Position in der Erfolgsrechnung stelle der Unterhalt dar. Im Unterhalt seien auch umzusetzende Brandschutzmassnahmen enthalten.

Die Betrachtung all dieser Punkte zeige, dass die Stiftung gar keine Kraft habe, um auch noch die geforderten Brandschutzmassnahmen umsetzen zu können. Der Antrag des Gemeinderates sei deshalb richtig, wonach die Fr. 450'000.00 als Geschenk zu sprechen seien.

Die SP/GL-Fraktion stimme der Schenkung von Fr. 450'000.00 einstimmig zu.

Die öffentliche Nutzung verlange nach einer raschen Umsetzung, weil die Sicherheit der Teilnehmenden im Tageszentrum und die Sicherheit der Besucher an erster Linie stehen müsse.

In Bezug auf die Abschreibung teile die SP/GL-Fraktion die Meinung der FDP/jll-Fraktion nicht, wonach der Betrag ordentlich abgeschrieben werden soll. Die anstehende Investition sei eine Schenkung an die Stiftung, die nach Ansicht der SP/GL-Fraktion sofort abgeschrieben werden sollte, da es nicht sein könne, dass in der Rechnung der Stadt Langenthal etwas enthalten sei, das die Stiftung betreffe.

Im Namen der SP/GL-Fraktion danke er den an der Erarbeitung der Vorlage Beteiligten für die guten Unterlagen. Betreffend die Nutzung wäre es ein Vorteil eine Erhebung durchzuführen. Damit liesse sich allenfalls ein Aspekt finden, wie die Nutzung optimiert werden könnte, oder Anreize schaffen, das Interesse des Betreibers zu verbessern.

Dass die Investition nicht im Investitionsplan enthalten sei, sei aus Sicht der SP/GL-Fraktion richtig, weil es eine Investition sei, die die Stiftung und nicht die Stadt Langenthal angehe.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

**Ralph Burlon, SVP-Fraktion:** Die SVP-Fraktion habe mit Freude zur Kenntnis genommen, wie die Alte Mühle genutzt werde. Den Bau der geforderten Brandschutzmassnahmen gelte es zu finanzieren. Bezüglich der Abschreibung folge die SVP-Fraktion der Botschaft des Gemeinderates, wonach diese ordentlich abzuschreiben seien. Auch die SVP-Fraktion stehe für die Sicherheit ein und sei an einer Umsetzung innert nützlicher Frist interessiert.

**Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion:** Bei diesem Geschäft seien die Finger von vier Gruppierungen im Spiel: Zwei Institutionen, namentlich die Gebäudeversicherung des Kantons Bern und die kantonale Denkmalpflege, stellen klare Forderungen auf, wollen aber nichts bezahlen. Eine Institution, die Stiftung Mühle, sollte die Forderungen erfüllen, habe aber kein Geld dazu. Schlussendlich müsse die Stadt Langenthal wieder einmal einspringen und die Kosten übernehmen. Eigentlich sei dies unschön. Bei genauerem Hinsehen, sei das Geschäft aber nicht halb so brisant.

Auch wenn es sich um einen A-fonds-perdu-Beitrag handle, sei der Investitionsbeitrag nicht einfach verloren, da die Investitionen der Stadt Langenthal mindestens indirekt zu Gute kommen, indem im Falle einer Auflösung der Stiftung das Grundstück an die Stadt zurück gehen würde. Zudem habe offenbar eine Bereinigung des Stiftungsverzeichnisses stattgefunden, so dass theoretisch - wie dies im Falle der KEB AG befürchtet worden sei - keine Trittbrettfahrer von den Investitionen profitieren könnten. In diesem Sinn unterstütze die EVP/glp-Fraktion den Investitionsbeitrag für die Alte Mühle einstimmig.

### III Abstimmung:

**Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Für die Finanzierung der durch die Gebäudeversicherung des Kantons Bern geforderten Brandschutzmassnahme wird der Stiftung Mühle eine Schenkung im Umfang von Fr. 450'000.00 gewährt.**
- 2. Der erforderliche Kredit von Fr. 450'000.00 wird zulasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 164.565.02 "Stiftung Mühle, Investitionsbeitrag, Brandschutz" bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 5. Mitteilungen des Gemeinderates

### ■ Dank der Stiftung Alte Mühle an den Stadtrat für die Gewährung der Schenkung zur Finanzierung der Brandschutzmassnahmen:

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** In seiner Eigenschaft als Präsident der Stiftung Alte Mühle danke er dem Parlament herzlich für die gewährte Schenkung. Der Stiftungsrat werde das Projekt im Laufe des Jahres umsetzen. Die vorliegende Lösung bedeute für den Betrieb der Mühle aber auch in Bezug auf die Sicherheit dieses rege benutzten Hauses ein Schritt nach vorne.

### ■ "Entwicklungskonzept Mühleareal": Information über die Auswertung der durchgeführten Vernehmlassung und über den Projektstand

**Stadtpräsident Thomas Rufener:** Der Gemeinderat habe den Bericht "Ergebnisse der Vernehmlassung für ein Entwicklungs- und Nutzungskonzept Mühleareal" zur Kenntnis genommen, genehmigt und für den Versand an alle Vernehmlassungsteilnehmenden freigegeben. Der Versand des Berichts werde in den nächsten Tagen erfolgen.

Der Gemeinderat habe, gestützt auf das Vernehmlassungsverfahren, folgende Beschlüsse gefasst:

- Betreffend das Mühlesilo: Die Rückmeldungen seien mehrheitlich für eine Weiterverwendung des Mühlesilogegebäudes ausgefallen. Der Gemeinderat habe aber den Entscheid für die Art der Weiterverwendung für den Moment noch vertagt und weitere Abklärungen in Auftrag gegeben. Die entsprechenden Ergebnisse gelte es abzuwarten.
- Betreffend Parkplatzbedarf: Im Bereich der SRO-Parkplätze seien im Bedarfsfall die Rahmenbedingungen für eine Parkplatzerweiterung der vorhandenen Anlage und für die städtischen Bedürfnisse zu konkretisieren und abzuklären. Auf die Abklärung der Möglichkeit, ein Zusatzgeschoss für eine städtische Anlage auf dem SRO-Parkplatz bauen zu können, werde zur Zeit verzichtet.
- Betreffend Mühlehof: Bevor weitere Abklärungen zur künftigen Nutzung des Mühlehofs getroffen werden, seien die Ergebnisse für die „Entwicklungsplanung Markthallenareal“ abzuwarten.
- Betreffend Ausscheidung von Baufeldern: Die Ausscheidung der Baufelder 5 und 7 habe erst bei einem konkreten Bedürfnis und im Rahmen von Änderungen der Überbauungsordnung Nr. 14 "Wuhr" zu erfolgen.

Das Stadtbauamt sei, gemäss den vom Präsidialamt bis Ende März 2011 zu erstellenden Grundlagen über die Nutzungsgrösse eines Stadtarchivs – unter Einbezug des Archivbedarfs anderer Institutionen – beauftragt worden, grundsätzliche Abklärungen zur Planung eines Stadtarchivs im Mühlesilo vorzunehmen und die Resultate dem Gemeinderat in Form eines Berichts zu unterbreiten.

Der Gemeinderat verlange eine Überprüfung des vorgesehenen Standortes inklusive einer Überprüfung alternativer Standorte. Der Gemeinderat verlange Abklärungen über die finanzielle Verhältnismässigkeit für den Bau und den Unterhalt eines Stadtarchivs in Bezug auf Um- und Neubauten. Der Gemeinderat verlange bautechnische, bauphysikalische und sicherheitstechnische Abklärungen in Bezug auf die Verhältnismässigkeit einer Realisierung im Mühlesilo. Mit diesen Fragen wolle der Gemeinderat dem aus der Vernehmlassung zurückgekommenen Ansinnen, Rechnung tragen, um in einem weiteren Schritt einen Grundsatzentscheid zum weiteren Vorgehen fällen zu können.



## ■ Information zur Anzahl der Asylsuchenden

**Gemeinderat Reto Müller:** Der Stand vor den Revolutionen in Nordafrika betrage für die Region Emmental-Oberaargau insgesamt 267 Personen, wovon 40 Personen in Langenthal leben.

Von den 40 in Langenthal lebenden Personen befinden sich

- 11 Personen in hängigen Asylverfahren
- 1 Person unterstehe aufgrund einer Ablehnung einem Sozialhilfestopp und sei somit nur noch Nothilfeberechtigt
- 28 Personen seien vorläufig aufgenommen.

Die weitere Entwicklung müsse abgewartet werden und hänge nicht von der Stadt Langenthal ab.

## ■ Information zur ersten Ausschreibung "Sozialpreis"

**Gemeinderat Reto Müller:** Gemäss Reglement über den Preis für soziales Engagement vom 22. Oktober 2007, in Kraft seit 1. Januar 2008, habe die Sozialkommission die erste Ausschreibung zur Ausrichtung des Sozialpreises gestartet. Meldungen von Organisation etc. seien bis Sonntag, 1. Mai 2011 vorzunehmen. Siehe Homepage der Stadt Langenthal<sup>1</sup>.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- 

---

<sup>1</sup> [http://www.langenthal.ch/de/aktuelles/aktuellesinformationen/?action=showinfo&info\\_id=135874](http://www.langenthal.ch/de/aktuelles/aktuellesinformationen/?action=showinfo&info_id=135874)



## 6. Parlamentarische Fragestunde

### ■ **Frage** von **Stadtrat Freudiger Patrick (SVP)** betreffend **die Geschichte der Porzellanfabrik:**

*Auf dem Areal der Porzi findet sich heute eine reichhaltige Dokumentation zur Geschichte unserer Porzellanfabrik und des Langenthaler Porzellangeschäfts. Wenn der Porzi die heutigen Räumlichkeiten nicht mehr zur Verfügung stehen, kann auch dieser Teil der Langenthaler Geschichte nicht mehr am heutigen Ort bzw. überhaupt nicht mehr ausgestellt werden.*

*Gibt es bzw. kann die Stadt Langenthal geeignete Örtlichkeiten zur Verfügung stellen, an denen interessierte Besucher auch in Zukunft diese wertvolle Dokumentation über die Geschichte der Porzellanherstellung in Langenthal ansehen können?*

### ■ **Antwort** von **Gemeinderätin Paula Schaub-Holt**, auf die *Frage* von Stadtrat Freudiger Patrick (SVP):

Wenn es die Räumlichkeiten schon geben würde, wären sie 100%-ig belegt. Am Beispiel des Hector-Egger-Archivs lasse sich der allfällige Ablauf aufzeigen:

Zuerst müssten die Eigentumsverhältnisse geklärt werden. Im Fall des Hector-Egger-Archivs habe die Stadt eine Schenkung erhalten, was nicht zuletzt in versicherungstechnischer Hinsicht wichtig sei.

Als nächster Schritt wäre zu klären, ob ein allfälliges nationales Interesse bestehe. Die Dokumente, die im Hector-Egger-Fall von Interesse gewesen seien, seien ins Staatsarchiv überführt worden, weil dort die besseren Voraussetzungen konservatorischer Art seien.

Dann würde mit geeigneten Institutionen auf dem Platz Kontakt aufgenommen. Konkret wäre das Ortsmuseum anzufragen, ob das Thema – wie das Thema Leinen - mindestens ein Teil einer Dauerausstellung sein könnte.

Namens des Gemeinderates halte sie fest, dass bis anhin in dieser Hinsicht noch kein Interesse an die Stadt herangetragen worden sei. Generell müsse es aber im Interesse der Stadt liegen, diesen Teil der Geschichte Langenthals zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

### ■ **Frage** von **Stadtrat Ryser Stefan (SP)** betreffend **die Gebührenverordnung:**

*Wann kommt die überarbeitete Gebührenverordnung in den Stadtrat?*

### ■ **Antwort** von **Gemeinderat Jürg Häusler**, auf die *Frage* von Stadtrat Ryser Stefan (SP):

Die Totalrevision der Gebührenverordnung (inklusive der entsprechenden Anhänge) sei soweit fortgeschritten, dass der Gemeinderat im November 2010 ein erstes Mal über die neue Vorlage habe diskutieren können. Der Gemeinderat habe ein paar Änderungen und Hinweise angebracht, die zur Überarbeitung des Geschäftes geführt habe, Der Gemeinderat werde die Vorlage voraussichtlich im März 2011 wieder beraten und diese den entsprechenden Kommissionen und sämtlichen Ämtern zur Stellungnahme zuweisen. Der Gemeinderat wolle diesem Prozess genügend Zeit einräumen, möchte aber am Ziel festhalten, die neue Gebührenverordnung im Laufe des Jahres dem Parlament vorzulegen, so dass eine Inkraftsetzung im Jahre 2012 möglich wäre.



■ **Fragen** von **Stadtrat Ryser Stefan (SP)** betreffend **die Umsetzung erheblich erklärter Motionen:**

*Sachverhalt: Eine eingereichte Motion wird vom Stadtrat als erheblich erklärt und an den Gemeinderat zur Umsetzung übertragen.*

- a) *Wie lange hat der Gemeinderat Zeit, diese Motion umzusetzen?*
- b) *Was geschieht, wenn der Gemeinderat diese Motion nicht umsetzt.*

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, auf die *Fragen a) und b)* von Stadtrat Ryser Stefan (SP):

- a) Gemäss Artikel 36 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates, habe der Gemeinderat erheblich erklärte Motionen zu behandeln und dem Stadtrat so rasch als möglich, in jedem Fall innerhalb von zwei Jahren, entsprechend Antrag zu stellen. Wenn die zweijährige Frist nicht eingehalten werden könne, habe der Gemeinderat den Stadtrat vor Ablauf der Frist um Verlängerung zu ersuchen. Der Gemeinderat habe eine erheblich erklärte Motion in jedem Fall umzusetzen. Allein der Stadtrat habe die Möglichkeit im Rahmen der Behandlung des Verwaltungsberichtes zu entscheiden, noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate abzuschreiben (Artikel 41 Geschäftsordnung Stadtrat).
- b) Eine eigentliche Sanktionsmöglichkeit des Stadtrates bei Nichteinhalten der Umsetzungsfrist, sehe die Geschäftsordnung des Stadtrates nicht vor.

■ **Fragen** von **Stadtrat Zurlinden Urs (FDP)** betreffend **das Restaurant à la cArte/Betriebsführung:**

*Das Restaurant à la cArte im Herzen von Langenthal ist im Besitz der Stadt und verpachtet.*

*Nun hat die bisherige Pächterin, deren Arbeit hier keineswegs zu kritisieren sei, eine weitere berufliche Verpflichtung im Hotel "Auberge" übernommen.*

- a) *Wie beurteilt der Gemeinderat diese Doppelbelastung?*
- b) *Kann er sich vorstellen, das à la cArte bei der nächst möglichen Gelegenheit einer anderen fachlich ausgewiesenen Person aus dem Gastgewerbe zu verpachten, um so allenfalls einem jungen Berufsvertreter eine Chance zu geben?*

■ **Antworten** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, auf die *Fragen a) und b)* von Stadtrat Zurlinden Urs (FDP):

- a) Ohne Wortklauberei betreiben zu wollen, halte er fest, dass seit 1997 ein Mietvertrag und kein Pachtvertrag zwischen der Stadt Langenthal und Frau Therese Hälg betreffend die Räumlichkeiten des à la cArtes im Choufhüsi vorliege. Der Mietvertrag regle Fragen betreffend Mietobjekt, Verwendungszweck, Ausbaufragen, Mietzins, Nebenkosten, Mietbeginn, Mietdauer etc. Von Interesse sei die Klausel: "Das Mietobjekt wird zum Zweck des Betriebs eines Restaurant vermietet." Der Mietvertrag enthalte keinen Passus, der irgendwelche Anforderungen an persönliche Anwesenheiten der Mieter stelle. Die Einhaltung des Mietvertrages sei massgebend. In diesem Sinne habe der Gemeinderat zur konkreten Frage a) auch kein Urteil gefällt. Wenn ein Mieter den Mietvertrag einhalte, stelle sich diese Frage grundsätzlich nicht.
- b) Sich bei nächst möglicher Gelegenheit anders auszurichten, stehe nicht zur Diskussion, da - solange der Mietvertrag eingehalten werde - sich auch diese Frage erübrige.



## Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

■ **Fragen** von **Stadtrat Dietrich Pascal (JL)** betreffend **den Halbstundentakt Interregio Bern Olten bis Mitternacht:**

*Am 1. Februar 2011 haben sämtliche Oberaargauer Grossrätinnen und Grossräte (Wüthrich, Baumberger, Gygax-Böniger, Hadorn, Masshardt, Meyer, Rufener, Schürch, Steiner-Brütsch, Wälchli, Widmer, Zumstein) im Grossen Rat des Kantons Bern eine Motion eingereicht, mit welcher der Regierungsrat beauftragt werden soll,*

- *bei den SBB die zwei fehlenden Zugspaare für den integralen Halbstundentakt auf der Interregiostrecke Bern-Burgdorf-Herzogenbuchsee-Langenthal-Olten bis Mitternacht zu fordern, und*
- *wenn nötig, die fehlenden Verbindungen bei den SBB zu bestellen.*

a) *Sieht die Langenthaler Stadtregierung Möglichkeiten, den für den Oberaargau und Langenthal sehr wichtigen und unter anderen vom Stadtpräsidenten lancierten Vorstoss auch von kommunaler Seite bestmöglich zu unterstützen und zu begleiten (beispielsweise, indem man in Absprache mit den Gemeinderäten von Herzogenbuchsee, Aarwangen, Thunstetten-Bützberg, Roggwil, Lotzwil und evtl. Huttwil gemeinsam bei der zuständigen Direktion vorstellig wird und die Bedeutung des Anliegens unterstreicht)?*

b) *Sind solche Schritte geplant? Gibt es Möglichkeiten, wie der Vorstoss aus der Mitte der Bevölkerung unterstützt werden könnte?*

■ **Antwort** von **Stadtpräsident Thomas Rufener**, auf die *Fragen* von Stadtrat Dietrich Pascal (JL):

- a) + b) Die Problematik sei seit 2008 (Fahrplanwechsel) bekannt. Die besagten Züge seien im Übrigen nicht dem Regionalverkehr sondern der SBB und dementsprechend deren Bedingungen unterstellt.

Der Gemeinderat habe sich mit diesem Thema schon mehrfach beschäftigt. Aus diesem Grund habe der Gemeinderat in Absprache mit der Stadt Burgdorf sowie der Gemeinde Herzogenbuchsee bereits im Januar 2009 der SBB und dem Regierungsrat einen Brief geschickt. Der Gemeinderat sei mit ihm als Mitglied der RVK auch entsprechend in der RVK vertreten. Auch die RVK sei diesbezüglich schon mehrfach vorstellig geworden. Auch sei bereits eine Petition eingereicht worden. Das Thema sei bekannt. Zu einer Lösung zu kommen, sei jedoch relativ schwierig.

Der Vorschlag von Stadtrat Pascal Dietrich mache durchaus Sinn, müsste aber lanciert werden, wenn der Vorstoss im Grossen Rat diskutiert werde. Der Vorstoss sei nicht dringlich erklärt worden. Als Grossrat werde er die weitere Entwicklung beobachten und mit seinen Grossratskollegen überdenken, in welcher Form das allenfalls grossrätliche Vorgehen unterstützt werden könnte. Beispielsweise mit weiteren Briefen, die allerdings in etwa den selben Inhalt hätten, wie der bereits geschriebene.

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7 A. Eingereichtes Postulat Sterchi Beat (SVP) vom 28. Februar 2011: Überprüfung der organisatorischen und finanziellen Ausgestaltung des Informatikzentrums der Stadt Langenthal

Postulatstext:

*"Das Informatikzentrum der Stadt Langenthal entwickelt sich kontinuierlich zu einem regionalen Dienstleister für Informatikleistungen im öffentlichen Umfeld. So betreut das Informatikzentrum nicht nur die Stadtverwaltung Langenthal und die Langenthaler Schulen sondern seit mehreren Jahren auch andere Gemeindeverwaltung und regionale öffentliche Institutionen. Der Erfolg des Informatikzentrums stösst aufgrund der Einschränkungen, welche sich mit der Einbindung in die Strukturen und Entscheidungsprozesse der Stadt Langenthal ergeben, an seine Grenzen. Für die Erweiterung des Servers und des Personalbestandes müssen jeweils über das Budget der Stadt Langenthal die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.*

*Da offensichtlich ein steigendes Bedürfnis nach Informatikdienstleistungen bei anderen Gemeinden und öffentlichen Institutionen der Region vorhanden ist, wird der Gemeinderat beauftragt, die künftige organisatorische und finanzielle Ausgestaltung des Informatikzentrums zu überprüfen. Dabei sind Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen und mit dem Ist-Zustand zu vergleichen, welche ein sinnvolles Wachstum des Zentrums unabhängig von den bestehenden Strukturen und den Restriktionen des öffentlichen Rechnungswesens möglich machen. Die Vor- und Nachteile einer organisatorischen Verselbständigung des Informatikzentrums von der Stadtverwaltung sind zu prüfen. Es sind im weiteren Finanzierungsmöglichkeiten darzulegen, welche unabhängig sind von den Finanzen der Stadt Langenthal. "*

*Beat Sterchi*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7 B. Eingereichtes Postulat Schaller Albert (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011: Aufhebung des Plantondienstes "Stadtrat" durch die Kantonspolizei

Postulatstext:

*"Unter anderem wegen des Amoklaufes in Zug im Jahre 2001 wurden die Sitzungen des Stadtrates in Langenthal durch die Stadtpolizei und seit dem 01.01.2010 durch zwei Mitarbeiter der Kantonspolizei bewacht.*

*Was anfänglich noch seine Berechtigung gehabt haben mag, ist heute völlig überholt. So kennen im Kanton Bern weder Bern, Burgdorf, Thun Biel, Zollikofen, Ostermundigen usw. einen Sicherheitsdienst.*

*Begründung:*

*Durch den Ressourcenvertrag mit der Stadt Langenthal ist die Kantonspolizei für den erwähnten Sicherheitsdienst im Ratsaal/Eingangsbereich verpflichtet. Dazu mussten im Jahre 2010 rund 100 Stunden aufgewendet werden. Diese könnten sinnvoller, für Prävention z.B. Schulwegüberwachung, Kontrollen der Sport- und Schulanlagen usw. genutzt werden.*

*Durch den erwähnten Ressourcenvertrag ist es in Zukunft jederzeit möglich nach einer Lagebeurteilung und Absprache durch die Verantwortlichen des Ressourcenvertrages des Afös und der Kantonspolizei einen effizienten, verhältnismässigen und sinnvollen Sicherheitsdienst durch Mitarbeiter der Kapo zu planen und durchzuführen.*

*Es ist an der Zeit diesen «alten Zopf» abzuschneiden, um zu einer zeit- und bedarfsgerechten Lösung zu finden."*

*Albert Schaller und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung des Postulats erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



**7 C. Eingereichte Interpellation Dietrich Pascal (jll) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011 betreffend die Zukunft der Fussgängerzone Obere Märitgasse (Planung und Umsetzung der entsprechenden Überbauungsordnung zwecks attraktiver Gestaltung)**

Interpellationstext:

*"Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:*

- 1. Wie ist der Stand der Überbauungsordnung Obere Märitgasse?*
- 2. Welche Schritte unternimmt der Gemeinderat, um das für Langenthal zentrale Vorhaben nun unverzüglich umsetzen zu können?*
- 3. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten, im Falle weiterer Verzögerungen seitens privater Grundeigentümer, wenigstens auf dem der Stadt gehörenden Grund und Boden (primär der Platz vor dem «Choufhüsi») Massnahmen zur Attraktivierung, umzusetzen?*

*Begründung:*

*Am Fasnachtssonntag 1994 wurde die Gemeindeinitiative der Jungliberalen Langenthal (jll) zur Einrichtung einer Fussgängerzone in der Oberen Märitgasse vom Stimmvolk klar angenommen. Im Jahr 1999 wurde eine entsprechende Überbauungsordnung verabschiedet, welche nach diversen Unstimmigkeiten nur minimalste bauliche Massnahmen in der Gasse selber vorsah. Dass dies in einer späteren Phase würde korrigiert werden müssen, war bereits damals klar. Namentlich ist die mit der Initiative verlangte attraktive Gestaltung der Fussgängerzone unter Einbezug der Elemente Wasser und Licht bis heute nicht erfolgt.*

*Bekanntlich ist seit längerem eine neue Überbauungsordnung in Arbeit. Dass diesbezüglich seitens der Stadt grössere Anstrengungen unternommen wurden, ist dem Schreibenden durchaus bewusst. Tatsache aber ist und bleibt, dass nach wie vor immer nur von Verzögerungen Kenntnis genommen werden muss. So wurde im Jahr 2008 eine Motion von jll-Stadtrat Mirko Hegi seitens des Gemeinderats mit der Begründung zur Ablehnung empfohlen, dass diese «die sehr bald zu erwartende Beratung und Verabschiedung der Überbauungsordnung im Stadtrat sowie den unmittelbar darauf zu erwartenden Baustart gefährden würde». Seither sind bald drei Jahre vergangen, ohne dass die Überbauungsordnung dem Stadtrat zur Beratung vorgelegt worden wäre*

*Im September 2010 erkundigte sich jll-Stadtrat Mirko Hegi in der parlamentarischen Fragestunde nach dem Stand der Dinge. Damals wurde ihm beschieden, seit Juli 2010 liege ein Brief der Stockwerkeigentümerschaft des «blauen Hauses» vor, worin das in der Überbauungsordnung vorgeschriebene und grundsätzlich einmal als richtig erachtete Vorhaben abgelehnt werde. Seither ist wiederum ein halbes Jahr vergangen.*

*Aus diesem Grund wird der Gemeinderat ersucht, den aktuellen Stand der Dinge darzulegen und vor allem aufzuzeigen, welche Schritte er unternommen hat oder unternehmen will, um das Vorhaben möglichst rasch realisieren zu können.*

*Insbesondere wird auch um Auskunft darüber ersucht, ob der Gemeinderat über eine Eventualplanung verfügt, falls die Grundeigentümer ihr als Verzögerungs- und Verhinderungstaktik empfundenen Vorgehen noch weitertreiben -- mithin wäre ja eine vorgezogene Attraktivierung des Platzes vor dem «Choufhüsi» ohne Weiteres möglich, da sich dieser Platz vollständig im Eigentum der Stadt befindet und hier keinerlei Zustimmung von Grundeigentümern nötig ist."*

*Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---



# Stadtrat

Protokoll der 2. Sitzung vom Montag, 28. Februar 2011

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



## 7 D. Eingereichte Interpellation Morgenthaler Helena (SVP) und Mitunterzeichnende vom 28. Februar 2011 betreffend die Szene am Wuhrplatz in Langenthal

Interpellationstext:

### **"Szene am Wuhrplatz in Langenthal**

*Die Um- und Neugestaltung des Wuhrplatzes hat letzten Herbst begonnen. Der neue Begegnungsplatz soll in einem guten halben Jahr fertig sein und eingeweiht werden.*

*Seit Jahren hält sich ost- und westseitig der Langete eine Szene Drogenabhängiger auf. Auch wenn sich diese Personen im Grossen und Ganzen ruhig verhalten ist es doch eine Tatsache, dass dort vor Ort illegale Drogen konsumiert und gedealt werden. Es liegt auch in der Natur der Sache, dass vor Ort relativ viel Abfall entsteht der auf dem Boden herumliegt. Auch vergrössert sich die Szene stets, was von der Bevölkerung mit Bedenken und Angst wahrgenommen wird.*

*Vor einiger Zeit konnte man den Medien entnehmen, dass man von der Stadtverwaltung her eine Lösung sucht. Nun sind wieder einige Wochen vergangen, die Bauarbeiten weiter fortgediehen und die Szene hält sich in einer Art wahrscheinlich zugewiesenen «Sackgasse» auf der Coopseite auf.*

*In diesem Zusammenhang stelle ich dem Gemeinderat folgende Fragen:*

- 1. Wie weit sind die Gespräche und Verhandlungen in dieser Sache fortgeschritten?*
- 2. Welche Lösungen zeichnen sich ab?*
- 3. Welche Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, wenn sich auch nachher immer wieder eine Szene auf dem Platz bilden wird?"*

*Helena Morgenthaler und Mitunterzeichnende*

---

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

---

---

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-